

ENERGIE-INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

zum dritten Mal im Jubiläumsjahrgang 2012 Aktuelles aus den letzten drei Monaten: So zeigt Ihr Bildschirm die neueste Energie-Info an. Wieder gibt es eine Reihe von Informationen, die interessant, aber nicht „überall“ zu finden sind.

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

Redaktionsschluss: 11.08.2012

Inhaltsverzeichnis

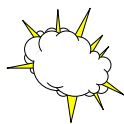
Einführung	4
Literaturhinweise	4

Gute Nachrichten

Energieagentur Rheinland-Pfalz startet am 1. Juli	5
Göllheim: Planungsänderung im Energiepark.....	6
Kommunen nutzen Chancen der Energiewende – landesweit 10 Modellprojekte ausgewählt.....	7
Kohlekraftwerk: Endgültiges Aus.....	9
Hausakku am Netz.....	9
Sinkende Emissionen.....	10
Sparen auf einen Blick	10
Europäer müssen Energie sparen.....	11
Superisolierte Wasserspeicher	12
Organische Solarfolie.....	12
Doppelte Energie aus der Sonne.....	13
Energiewende wird zum Job-Motor.....	13
Solarwärmemarkt Deutschland wächst.....	15
Öko-Heizung verbrennt nur naturbelassene Hölzer.....	16
Zur Sache: Mehr Ökostrom.....	16

Teils-Teils

Energiewende jetzt erfolgreich umsetzen.....	17
PV-Förderung: Einigung im Vermittlungsausschuss.....	23
"Günstiger Strom aus der Wüste".....	27
Westerburg: mehr Raum für Windenergieanlagen.....	27
Mammutprojekt nimmt Fahrt auf.....	28
Energiewende paradox.....	29
Filz war Schuld.....	31
Abschied von den satten Margen.....	32
Sonnenbranche droht Gewitter.....	32
Grüner Strom Label + ASEW: Kooperation endet.....	33
.....	



**Schlechte
Nachrichten**

Russischer Atomkonzern kauft Fuhrländer (??).....	36
Dieselabgase: Laut WHO viel gefährlicher.....	37
Der Südwesten trägt das größte Atomrisiko.....	38
Durchsuchung bei EnBW.....	39
Atombranche fordert Milliarden.....	41
Strafanzeige gegen Cattenom-Betreiber.....	42
Belgien nimmt Tihange erst 2025 vom Netz.....	43
Funktion Feigenblatt?.....	44
Raumklimageräte oft nur Stromfresser.....	45
Politik bremst Energieeffizienz.....	46
Es wird immer wärmer in Rheinland-Pfalz.....	48

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info: Der übliche Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse: Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 950805 (nach tel. Anmeldung); E-Mail: michael.carl@t-online.de

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitarbeitern, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Broschüren, Faltblätter und Thesenpapiere sind bei der BUND-Landesgeschäftsstelle in 55118 Mainz, Hindenburgplatz 3 erhältlich.

➤ **Broschüren**

- „Positive Anlagen in Rheinland-Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.
- „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.
- „Fahrplan Energiewende Rheinland-Pfalz“ – Der BUND zeigt, wie es gehen kann

➤ **Faltblätter**

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Solarstrom - Grundlagen• Energiesparen beim Heizen• Der Gasherd• Regeln zum richtigen Lüften• Wärmepumpe• Energie sparend Auto fahren• Warmwasserbereitung• Energie sparen• Holznutzung• Contracting | <ul style="list-style-type: none">• Wechsel des Stromlieferanten• Offene Kamine/Schornsteinfeger• Erneuerbare Energien-Gesetz• Antriebsalternativen (Auto)• Energiesparlampen• Zukunftsfähige Energiepolitik• Die zehn größten Probleme unseres Energiesystems• Kochmulden |
|---|---|

➤ **Thesenpapiere:**

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Thesen Windenergienutzung (neu seit April 2012)• Thesen Geothermienutzung• Nutzung von Biomassen | <ul style="list-style-type: none">• Thesen Fotovoltaiknutzung (Freiflächen, neue Fassung nach Landesdeli 2010)• Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen |
|--|---|

Energieagentur Rheinland-Pfalz startet am 1. Juli

Am 1. Juli 2012 geht die Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH an den Start. Die neue Institution soll Bürger, Kommunen und Unternehmen bei der Nutzung Erneuerbarer Energien, beim Energiesparen und bei der Verbesserung der Energieeffizienz unterstützen. Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke stellte die Energieagentur am 27. Juni im Rahmen einer Pressekonferenz in Mainz vor. Sie sagte, die Agentur solle zu einer zentralen Anlaufstelle im Land werden und Akzeptanz und Unterstützungskraft für die Energiewende schaffen. Die Agentur sei ein wichtiger Begleiter bei der Realisierung der ambitionierten Energieziele der Landesregierung. In Rheinland-Pfalz soll bis 2030 der Strom bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden.

Die Landesenergieagentur soll die Kommunen auf dem Weg zu einer sicheren, dezentralen und effizienten Energieversorgung unterstützen. Aufgabe der Agentur ist auch die Unterstützung von Kommunen bei rechtlichen Fragen, etwa im Zusammenhang mit Konzessionsverträgen. Zudem sollen Projekte in Schulen in Zusammenarbeit mit den Lehrern und den Klimaschutzbeauftragten der Schulen initiiert werden.

Die Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen zu Energieeffizienz und dem Einsatz Erneuerbarer Energien soll weiter ausgebaut werden. Die Unternehmen sollen mobilisiert werden, Energieeffizienzpotenziale aufzudecken und zu nutzen sowie den Einsatz Erneuerbarer Energien zu fördern. Bewährte Formate, wie das Effizienznetzwerk Rheinland-Pfalz (EffNet), werden fortgeführt.

Ein weiterer zentraler Baustein der Energieagentur ist der Aufbau, die Koordination und die Pflege von Fachnetzwerken zur Verbesserung des Wissenstransfers in Rheinland-Pfalz und zur Stärkung der rheinland-pfälzischen Energiebranche. Themen der Netzwerke sind Windkraft, Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft, Geothermie, Energiewirtschaft, Netze, Smart Grids, Mobilität und Elektromobilität, alternative Kraftstoffe, Speicher und Energierecht.

Im Gebäudebereich wird die Beratung zu Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Land fortgeführt.

Vorgesehen ist auch die Gründung von zehn regionalen Energieagenturen im Jahr 2013, die von der Landesenergieagentur begleitet wird. Die Arbeit der regionalen Agenturen soll fachlich und organisatorisch unterstützen werden. „Mit der Gründung der regionalen Energieagenturen wird das Energieberatungsnetzwerk in Rheinland-Pfalz weiter ausgebaut“, sagte Lemke.

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz hat ihren Sitz in Kaiserslautern und wird von Oliver Rechenbach geleitet, dem bisherigen Geschäftsführer der Effizienz Offensive Energie



Rheinland-Pfalz (EOR). 20 Mitarbeiter der EOR wechseln zum 1. Juli in die neue Agentur. Vorgesehen ist eine Aufstockung des Personals auf 40 Mitarbeiter. Ministerin Lemke sagte: „Ich bin sicher, dass Herr Rechenbach und sein erfahrenes Team das Thema Energiewende mit Kompetenz vorantreiben werden“. Für die Finanzierung der Energieagentur stellt das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in diesem Jahr 2,4 Millionen Euro zur Verfügung. Für 2013 sind 4,6 Millionen Euro veranschlagt.

Lemke sagte, der Verein EOR e.V. mit seinen 140 Mitgliedern bleibe erhalten. Die EOR habe einen Sitz im Aufsichtsrat der neuen Energieagentur und könne dort die Interessen der EOR-Mitglieder vertreten.

Geschäftsführer Oliver Rechenbach stellte den Plan für die ersten 100 Tage der Energieagentur vor. Er sagte: „Mit der Energieagentur schaffen wir ein Kompetenzzentrum für die Energiewende in Rheinland-Pfalz. Die ersten 100 Tage nutzen wir zur Umstellung auf eine neue Rechtsform. Dabei sollen auch bewährte Konzepte aus unserer bisherigen Arbeit übernommen und weitergeführt werden“. Vordringliche Aufgaben seien die Ausarbeitung von umfassenden Informations- und Beratungspaketen für Kommunen und kleine und mittlere Unternehmen, das Zusammenführen der Akteure der rheinland-pfälzischen Energiebranche und die Bündelung von Fachkompetenzen. Außerdem werde ein Beratungsangebot etabliert, um Akteure aus Rheinland-Pfalz bei der Beantragung von Geldern aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU zu unterstützen. Auch die Vervollständigung des Teams sei eine wichtige Aufgabe für die ersten 100 Tage. Rechenbach gab bekannt, dass die offenen Stellen Anfang Juli ausgeschrieben werden.

EOR-Newsletter 13/2012

Göllheim: Planungsänderung im Energiepark

Die auf der Göllheimer Gemarkung (Donnersbergkreis) geplante Biogasanlage wird um einen Energiepark mit Windrad, Photovoltaik- und Trockeneisanlage sowie Blockheizkraftwerk (BHKW) erweitert. Das in der Biogasanlage entstehende Methan wird in das lokale Erdgasnetz eingespeist. Das ebenfalls entstehende Kohlendioxid dient als Rohstoff für die Herstellung von Trockeneis. Der für den Eigengebrauch erzeugte Strom reicht für die Versorgung der 3.800 Einwohner großen Ortsgemeinde sowie für weitere rund 1.200 Haushalte. Das produzierte Methan steht 700 Haushalten zur Verfügung. Für die Zukunft ist geplant, mithilfe überschüssigem Solar- und Windstrom synthetisches Methan zusätzlich zu produzieren. Der neu geplanten Anlage ist am 23. Mai im Ortsgemeinderat zugestimmt worden.

Quelle: Die Rheinpfalz – Donnersberger Rundschau, 23.05.12 und 25.05.12



Kommunen nutzen Chancen der Energiewende - landesweit 10 Modellprojekte ausgewählt

Für die Initiative „Regenerative Energien und Konversion“ wurden jetzt 10 Projektvorschläge ausgewählt. Diese Modellvorhaben liegen im Eifelkreis Bitburg-Prüm, im Landkreis Birkenfeld, im Westerwaldkreis, im Landkreis Bernkastel-Wittlich, im Landkreis Südwestpfalz und der Stadt Kaiserslautern. Heute stellte Wirtschaftsministerin Eveline Lemke die Vorbildprojekte vor. Das Wirtschaftsministerium hatte gemeinsam mit dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz (GStB) sowie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) die Initiative gestartet und Kommunen zur Bewerbung aufgerufen.

„Das Ergebnis ist viel versprechend“, stellt Ministerin Lemke nach der Projektauswahl für die Machbarkeit fest. „Wir haben ein breites Spektrum, um das Zusammenspiel von Erneuerbaren Energien und Konversion zu untersuchen. Die Kommunen setzen auf die Energiewende und nutzen die Chancen, einer dezentralen, eigenständigen Energieversorgung. Hier findet Standortentwicklung statt. Die militärische Konversion bietet hervorragende Möglichkeiten auf dem Weg, im Land bis 2030 den Strom bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Aus allen Landesteilen liegen uns jetzt Planungen vor, die unter die Lupe genommen werden.“

Für nicht-investive Kosten stehen zur Umsetzung insgesamt bis zu 600.000 Euro zur Verfügung. Experten werden die Modellvorhaben begleiten, für die Umsetzung sind zwei Jahre veranschlagt. Die Hilfestellung kann, je nach Ausrichtung des Projekts die Machbarkeitanalyse, die grundlegende rechtliche und technische Beratung sowie die weitere Koordinierungs- und Managementleistungen bei der Entwicklung und Umsetzung umfassen.

Beworben hatten sich zunächst 17 Kommunen mit je einem Projekt. Ausgewählt wurden jeweils zwei Projekte im nordöstlichen und nordwestlichen sowie je drei Vorhaben im mittleren und im südlichen Teil von Rheinland-Pfalz. Ausgewählt wurden die Modellvorhaben vom Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den Partnern GStB und BImA. Auswahlkriterien waren der Innovationsgehalt und die Nachhaltigkeit des Ansatzes, regionale Wertschöpfung, die Umsetzbarkeit oder der Vorbildcharakter.

Folgende Gemeinden werden bei der Planung zur Entwicklung ihrer Konversionsflächen finanziell durch das Land unterstützt:

- **Verbandsgemeinde Arzfeld (Eifelkreis Bitburg-Prüm)** „Energiespeicher Lichtenborn“: Errichtung eines Energiespeichers für regenerative Energien im ehemaligen Tanklager Lichtenborn. Projektbausteine: Grundlagenanalyse, Untersuchung und Bewertung Ist-Zustand



ENERGIE-INFO

SEITE 8

- **Kreisstadt Birkenfeld (Landkreis Birkenfeld)** „Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien in Birkenfeld“. Projektbausteine: Prozesssteuerung, Arbeits- und Entscheidungsstruktur, Standort- und Gebäudeanalyse, Beteiligungsverfahren, Investorenansprache, Nutzungskonzept, Finanzierungs- und Organisationsmodell, Handlungsprogramm
- **Zweckverband Flugplatz Bitburg (Eifelkreis Bitburg-Prüm)** „Integrierter Stoff- und Energiekreislaufpark Flugplatz Bitburg“. Projektbausteine: Machbarkeitsstudie Integrierter Stoff- und Energiekreislaufpark Flugplatz Bitburg (Identifikation von Stoffkreisläufen und Flächenpotenzialen, Identifikation von Energiebedarf und Energiegewinnungspotenzialen im Gewerbepark und in der näheren Umgebung, Projektkoordination, -management, Netzwerkarbeit, Kommunikation
- **Ortsgemeinde Görgeshausen (Westerwaldkreis)** Bürgerstrom Görgeshausen. Projektbausteine: Rechtliche Beratung bei Gesellschaftsgründung, Untersuchungen (Standicherheit, Umweltverträglichkeit), Öffentlichkeitsarbeit, Vermarktung, Verhandlungen Bürger, Banken, Versorgern, Restabwicklung Grunderwerb, Projektmanagement
- **Verbandsgemeinde Hauenstein (Landkreis Südwestpfalz)** Energetische Umnutzung Konversionsliegenschaft „Langer Kopf“. Projektbausteine: Akzeptanz durch Information; Beteiligung; Moderation und Dokumentation
- **Stadt Kaiserslautern** „Energieeffizientes und stoffstromoptimiertes Industrie- und Gewerbegebiet Quartermaster-Kaserne“; innovatives Industrie- und Gewerbegebiet auf einer ehem. US-Kaserne in Kaiserslautern
- **Gemeinde Morbach (Landkreis Bernkastel-Wittlich)** „Morbacher Energielandschaft II“. Anschlussprojekt zur bekannten Morbacher Energielandschaft I, eines großen Wind-, Solar- und Biomasseparks incl. grünen Gewerbeparks. Angestrebt wird die Weiterentwicklung durch die Umsetzung innovativer Verfahren (z.B. „Power to Gas“) und Energietourismus
- **Stadt Montabaur (Westerwaldkreis)** „Photovoltaikfläche Truppenübungsgelände Westerwaldkaserne“. Umsetzung einer kommunalen bzw. Bürgeranlage auf ehem. Truppenübungsplatz
- **Stadt Bad Sobernheim (Landkreis Bad Kreuznach)** „Energiepark Pferdsfeld“. Umsetzung eines Bürgerwindparks auf ehemaligem NATO-Flugplatz Pferdsfeld und angrenzenden Flächen



· **Stadt Rodalben (Landkreis Südwestpfalz)** „Photovoltaikflächen auf Grünbühl“. Solarpark auf ehemaliger Erd- u. Bauschuttdeponie in Verbindung mit der Entwicklung eines Gewerbeparks auf angrenzendem US-amerikanischem Konversionsstandort in Pirmasens

Weitere Informationen unter www.mwkel.rlp.de unter [Initiative „Regenerative Energien und Konversion“](#).

PM des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung vom 4.7.12

Kohlekraftwerk: Endgültiges Aus

Das umstrittene Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue in Mainz wird nicht gebaut. Das hat der Aufsichtsrat der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) in einer Sitzung am Wochenende entschieden. Bereits seit dem Jahr 2009 ruhen die Pläne der AG, die zu gleichen Teilen der Städte Mainz und Wiesbaden gehört. Der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) und sein Wiesbadener Kollege Helmut Müller (CDU) sind KMW-Angaben zufolge zufrieden über die Entscheidung. Politisch wurden die Pläne für den Bau bereits 2009 beendet, als eine Koalition aus SPD, FDP und Grünen in Mainz gegen das Vorhaben stimmte. Zuvor hatte es Proteste von Umweltverbänden und Bürgern gegeben. Zudem konnte die KMW die Finanzierung nicht sichern.

Rheinpfalz vom 25.6.12

Hausakku am Netz

Der PV-Anlagenbauer Solar Energy Solutions 21 aus Polling bei Weilheim hat sein erstes Hausbatteriekraftwerk in Betrieb genommen. Das Gerät stammt aus China und deckt bis zu 75 Prozent des Strombedarfs einer Familie. Ab Juni beginnt die Auslieferung der Seriengeräte. Der PV-Strom lädt tagsüber eine Lithium-Ionen-Batterie von Sanyo, die abends und nachts alle Stromverbraucher im Haus versorgt.

Bei einem Stromausfall übernimmt das Hauskraftwerk die Notstromversorgung. Die erwartete Batterielebensdauer liegt bei über 15 Jahren. Bestehende PV-Anlagen können mit dem Gerät nachgerüstet werden.

Energiedepesche 2-12



Sinkende Emissionen

In Deutschland wurden 2011 weniger Treibhausgase freigesetzt, insgesamt 917 Millionen Tonnen und damit zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Das meldet das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau. Die Zahlen sind absolut erfasst, also ohne Berücksichtigung des Temperatur- oder Konjunkturlinflusses. Die Treibhausgasemissionen sanken 2011 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 um 26,5 Prozent. Damit wurde das Minderungsziel des Kyoto-Protokolls von 21 Prozent erneut deutlich unterschritten.

Energiedepesche 2-12

Sparen auf einen Blick

Die EU-Kommission hat das Digital Environment Home Energy Management System (Dehems) vorgestellt. Dabei zeigt ein digitales Display alle sechs Sekunden, welche Geräte und Lampen die größten Energieschlucker im Haushalt sind. Die Daten können auch über einen Fernsehbildschirm, ein Handy per App, einen PC oder über soziale Medien abgelesen werden.

Das System wurde in Großbritannien und Bulgarien getestet. Im Handel sind bislang zwei Produkte erhältlich: Das „Energyhive“ liefert Daten über den häuslichen Energieverbrauch über einen Web-Browser, das „Greenica“ ist zudem auf Schulen und Kleinunternehmen ausgerichtet.

Da die eigenen Daten anonymisiert an einen zentralen Server wandern, lassen sich die eigenen Werte mit ähnlichen Haushalten vergleichen. Die EU unterstützt das Projekt mit 2,9 Millionen Euro. Daran waren britische, bulgarische und rumänische Stadtverwaltungen, Privatunternehmen und Hochschulen beteiligt.

Das Projekt zeige, dass sich der Energieverbrauch Europas mit sehr einfachen Mitteln verringern lasse: Im konkreten Fall sank der Energiebedarf um acht Prozent, so Neelie Kroes, die als Vizepräsidentin der Kommission für die Digitale Agenda zuständig ist.

Das Projekt soll bald europa- und weltweit von Unternehmen genutzt werden. Ein Einsatz bei einer Fernwärmeinitiative in London ist geplant.

Mehr Infos dazu sind unter www.energyhive.co.uk und unter www.greenica.net zu finden.

Energiedepesche 2-12



Europäer müssen Energie sparen

Das monatelange Geschacher um eine neue europäische Richtlinie zur Energieeffizienz ist in einen Kompromiss gemündet. Bis 2015 soll der Energieverbrauch um 15 Prozent sinken. Fünf Jahre, nachdem sich die EU drei große Klimaschutzziele bis 2020 gab, sind nun auch beim Energiesparen verbindliche Maßnahmen vereinbart worden. Ziele für einen geringeren Energieverbrauch sind für die Staaten bisher freiwillig. Dementsprechend sahen Projektionen der EU-Kommission voraus, dass bei einem "Weiter so" bis 2010 statt eines um 20 Prozent niedrigeren Verbrauchs nur eine vergleichsweise niedrige Reduktion um neun Prozent erreicht werden würde (im Vergleich zum Referenzjahr 2005).

Gestern einigten sich Europaparlament und die EU-Regierungen auf eine neue Richtlinie, die innerhalb von 18 Monaten auch in deutsches Recht überführt werden muss. Mit den Vorgaben soll dafür gesorgt werden, dass die Staaten der EU bis 2020 mindestens 15 Prozent weniger Energie verbrauchen.

Federführend bei der Richtlinie war EU-Energiekommissar Günther Oettinger, der frühere baden-württembergische Ministerpräsident. Er musste hinnehmen, dass sein Vorschlag, der zu einer Einsparquote beim Energieverbrauch von 17 Prozent bis 2020 geführt hätte, verwässert wurde. So wurde das ursprüngliche Ziel, die Stromkonzerne zu verpflichten, jedes Jahr bei ihren Kunden Energiesparmaßnahmen mit einem Gegenwert von 1,5 Prozent des Verbrauchs durchzuführen, mit vielen Ausnahmen versehen. Um doch wieder auf 17 Prozent zu kommen, hat sich die EU-Kommission verpflichtet, in den nächsten Wochen verschärfte Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß bei Autos vorzuschlagen.

Abstriche wurden auch bei den Zielen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden gemacht. Oettinger und das EU-Parlament wollten die EU-Staaten verpflichten, alle öffentlichen Gebäude umweltfreundlicher zu machen. Der Kompromiss sieht nun vor, dass keine Gebäude von Regionen oder Kommunen umgebaut werden müssen. 90 Prozent des staatlichen Gebäudebestands sind damit ausgenommen.

KOMMENTAR: Zur Sache: Die Deutschen haben die Richtlinie lange boykottiert

Die EU-Richtlinie zum Energiesparen hat monatelang in der Bundesregierung für Streit gesorgt: zwischen Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und dem ehemaligen Umweltminister Norbert Röttgen (CDU). Rösler war gegen eine Verpflichtung der Energieversorger, ihre Kunden zum Stromsparen anzuregen, Röttgen dafür. Deutschland gehörte außerdem zu den Staaten, die sich gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude wehrten.

Nun wird für Europa eine Zielmarke gesetzlich festgeschrieben: 2020 dürfen in der EU insgesamt nur noch 1473 Millionen Tonnen Öleinheiten an Energie verbraucht werden.



Gestern äußerte sich der Bundesverband der deutschen Industrie (BOI) "tief enttäuscht" über den Kompromiss. Absolute Verbrauchsgrenzen "bringen uns keinen Schritt weiter", erklärte Hauptgeschäftsführer Markus Kerber. Gerade Länder wie Deutschland, die bereits über einen hohen Energieeffizienzstandard verfügten, würden benachteiligt.

Rheinpfalz vom 15.6.12

Superisolierte Wasserspeicher

Zwar haben Solarkollektoren einen Wirkungsgrad von 80 Prozent. Hohe Verluste beim Speichern führen jedoch zu insgesamt nur geringen Deckungsgraden. Die Hummelsburger Schlosserei, ein mittelständischer Betrieb aus dem bayerischen Mühldorf, hat einen sensationellen Fortschritt erzielt: Durch einen doppelwandigen Speicher mit Vakuumisolierung reduziert ihr Speicher die üblichen Verluste um 90 Prozent. So kann das Reservoir statt weniger Tage sogar einige Monate ohne Sonneneinstrahlung überbrücken. Alle fünf Tage kühlt der Speicher um ein Grad ab. Die Speicher fassen zwischen 5.000 und 50.000 Liter. Ein 11.000-Liter-Speicher kostet jedoch 22.000 Euro und liegt damit deutlich über den marktüblichen Preisen. Die neuartigen Speicher könnten jedoch den solaren Deckungsgrad und damit die Wirtschaftlichkeit der Solaranlage gravierend verbessern.

Energiedepesche 2-12

Organische Solarfolie

Die Heliatek GmbH hat in Dresden eine 14 Millionen Euro teure Produktionsanlage für organische Solarmodule eingeweiht. Die Anlage ist weltweit die erste, die organische Solarmodule in einem Rolle-zu-Rolle-Verfahren unter Vakuum bei niedrigsten Temperaturen auf PET-Folie aufdampft.

Die nur ein Millimeter dünnen, biegsamen Module basieren auf organischen Halbleitermaterialien und wiegen pro Quadratmeter gerade mal 500 Gramm. Die Folie soll zunächst Strom an Kleidung oder Taschen erzeugen, später auch an Fassaden. Auf Wunsch kann sie auch als lichtdurchlässiges Modul in Glas eingebaut werden.

Heliatek mit 74 Mitarbeitern entstand 2006 als Ausgründung der TU Dresden und der Uni Ulm. Zu den Investoren gehören unter anderem BASF, Bosch und RWE.

Energiedepesche 2-12



Doppelte Energie aus der Sonne

Heute verfügbare einzelne Solarzellen können den größten Teil des Sonnenlichts gar nicht in Strom umwandeln. Diesem Problem begegnen Entwickler bisher mit dem Stapeln mehrerer Solarmodule übereinander.

Eleganter und günstiger könnte dieses Ziel bald mit halbleitenden Nanokristallen erreicht werden. US-Forscher berichten darüber in der Zeitschrift Science. "Wir wollen den Großteil der Energie im Sonnenlicht einfangen. Das wäre die ultimative Solarzelle", so die Forscher. Produzieren wollen sie diese aus günstigen halbleitenden Kunststoffen.

Das Prinzip der doppelten Ausbeute an Elektronen - und damit mehr Solarstrom - demonstrierten die Wissenschaftler an einer nanokristallinen Doppelschicht aus Kohlenstoffclustern, sogenannten Fullerenen, und dem lichtaktiven Molekül Pentacen. Einstrahlende Lichtteilchen regten dieses Material so an, dass über quantenmechanische Prozesse doppelt so viele freie Elektronen entstanden, als mit klassischen Solarzellen.

Frankfurter Rundschau vom 17./18.12.2011

Energiewende wird zum Job-Motor

Die eingeleitete Energiewende wird nach Einschätzung von Experten aus Staat und Wirtschaft einen Arbeitsplatz-Boom im Bereich der erneuerbaren Energien auslösen.

Die Anzahl der Stellen in der Branche werde von 381.600 im vergangenen Jahr auf eine halbe Million im Jahr 2020 ansteigen, sagt eine Studie der Agentur für Erneuerbare Energien voraus. Auch wenn die Lage der deutschen Solarwirtschaft derzeit sehr angespannt sei und dort Arbeitsplätze abgebaut würden, gebe die Lage für die erneuerbaren Energien insgesamt Anlass zu Optimismus. Die Branche habe mittelfristig gute Exportperspektiven und damit erhebliche wirtschaftliche Chancen.

Nach der Studie verteilten sich im vergangenen Jahr die Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien zu je einem Drittel beziehungsweise je rund 124.500 Stellen auf die Solar- und die Bioenergie. In der Nutzung der Windenergie, die eine zentrale Rolle bei der Energiewende weg von der Atomkraft spielt, arbeiteten 101.100 Menschen, was einem Anteil von 26 Prozent entsprach.

Die Zahlen berücksichtigten auch Vorleistungen, etwa wenn eine im Süden produzierte Spezialschraube für ein Nordsee-Windrad ausgeliefert werde. Demnach haben alternative Energien beispielsweise in Sachsen-Anhalt mit 24.390 Arbeitsplätzen "stark überdurchschnittliche Bedeutung für den Arbeitsmarkt". Bayern, das bisher nicht als Vorrei-



ENERGIE-INFO

SEITE 14

ter in Sachen erneuerbare Energien gilt, ist Spitzenreiter bei "grünen" Arbeitsplätzen. Mit 69.000 Jobs sei fast jeder fünfte Arbeitnehmer in Bayern direkt oder indirekt im Bereich alternative Energieerzeugung beschäftigt.

Als ein prominentes Beispiel für Pfälzer Unternehmen, die vom Ausbau der Windenergie profitieren, gilt der zum Mannheimer Fuchs-Petrolub-Konzern gehörende Spezialschmierstoffhersteller Fuchs Lubritech in Kaiserslautern.

Die Agentur für Erneuerbare Energien wird getragen von den Bundesministerien für Umwelt und Verbraucherschutz sowie über 100 Unternehmen der Branche und Verbänden.

Der größte Projektierer von Windkraftanlagen in der Nordsee, die Windreich AG, sieht keine unlösbaren Probleme beim Stromtransport von der See an Land. Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet habe bereits 5 Milliarden Euro in die Netzanbindung der deutschen Nordsee investiert und 13 Anschlüsse geschaffen, da könne man nicht davon sprechen, dass nichts gemacht werde, sagte der Vorstandsvorsitzende und Gründer des Unternehmens, Willi Balz, in Stuttgart. Laut Balz wird Energie aus Offshore-Windkraft in wenigen Jahren eine zentrale Rolle in der Energieversorgung spielen.

Heftige kritisiert werden von der Solarbranche Pläne von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) für die Abschaffung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG). Insbesondere in den eher strukturschwachen Gebieten Ostdeutschlands stünden bei einer weiteren Kürzung der Solarförderung viele Arbeitsplätze auf dem Spiel, sagte Peter Frey, Geschäftsführer von Solarvalley Mitteldeutschland. In der Initiative sind Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Photovoltaik-Branche in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammengeschlossen.

"Die Vorschläge, die ich bisher von der FDP gehört habe, zeugen nicht von wirtschaftlichem Sachverstand", sagte Frey. In der Vergangenheit seien Strukturen in der Solarforschung und Entwicklung geschaffen worden, die trotz der aktuellen Krise langfristiges Wachstum garantierten - auch auf dem Arbeitsmarkt. "Wenn das jetzt kaputt geht, wird es bitter", warnte Frey. Was die Branche in der aktuellen Krise brauche sei "Klarheit beim Abschreibungszeitraum für Investitionen", forderte Frey: "Dazu brauchen wir Ruhe an der EEG-Front für die nächsten zwei bis drei Jahre", fügte er hinzu. Zwar sei davon auszugehen, dass in der Modulproduktion aufgrund der Konkurrenz aus China kurzfristig Arbeitsplätze verschwinden würden. Mittelfristig sieht der Physiker die ostdeutsche Solarbranche jedoch gut aufgestellt, jetzt gehe es darum, "High-Tech-Produkte anzusiedeln" und neue Vertriebswege für den Export zu schaffen. "Das ist eine Aufgabe, die kann man nicht in zwei Jahren stemmen", betonte Frey. Das bedeute aber auch, "dass man' nicht laufend am EEG rumkurbeln darf".

Rheinpfalz vom 8.6.12



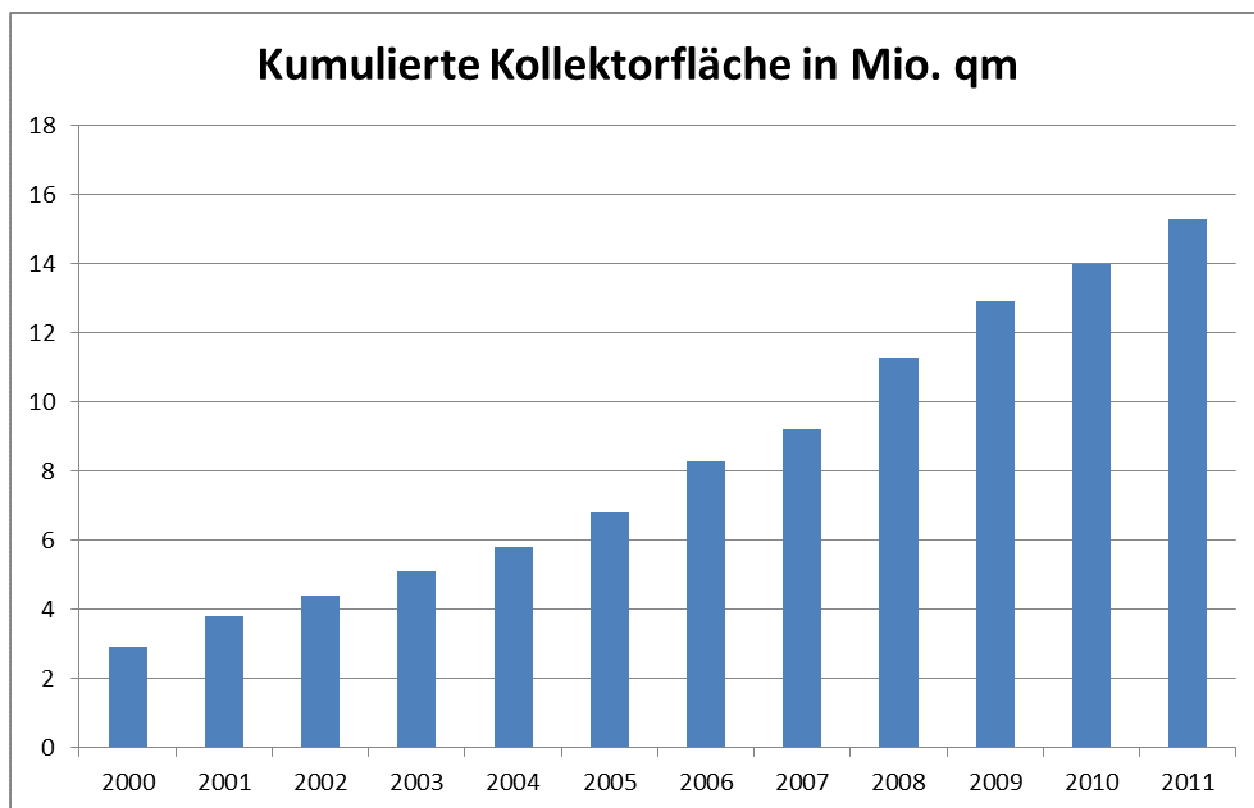
Solarwärmemarkt Deutschland wächst

Der Absatz von Solarwärmekollektoren hat im ersten Quartal 2012 mit einer Steigerung von 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zugelegt. Damit setzt sich ein Wachstumstrend fort, der sich mit einem Plus von 10 Prozent übers Gesamtjahr 2011 bereits abzeichnete.

Das belegt die Marktstatistik des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar) und des Bundesindustrieverbandes Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH). Demnach wurden von Januar bis März knapp 219.000 Quadratmeter Kollektorfläche verkauft (Q1/2011: 204.000 Quadratmeter). Betrachtet man nur den März, betrug der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahresmonat allein 18 Prozent.

Nach dem Ende der Heizperiode beginnt jetzt die optimale Zeit zur Heizungsmodernisierung. Immer mehr Menschen setzen dabei auf die Kombination von Sonnenheizung mit einem modernen Heizkessel. Die Heizungsmodernisierung in Kombination mit einer Solaranlage drückt die Heizkosten um bis zu 50%.

Von der viel diskutierten Kürzung der Einspeisevergütung für Solarstrom ist die Solarwärme im Übrigen nicht betroffen.



Energie heute 21/2012



Öko-Heizung verbrennt nur naturbelassene Hölzer

Das Abfallwirtschaftszentrum(AWZ) "Auf dem Scheid" in Niederzissen wird seit vergangenem Winter mit Holzhackschnitzeln beheizt. Bei der Verbrennung des Holzes wird nur so viel Kohlendioxid (CO₂) freigesetzt, wie die Bäume während ihres Wachstums aufgenommen haben. Die Bilanz ist daher CO₂-neutral. Landrat Dr. Jürgen Pföhler: "Die neue Öko Heizung ist ein weiterer Baustein auf unserem Weg zur 100 Prozent Erneuerbare Energie Region."

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Kreis Ahrweiler (AWB) hat die neue Heizungsanlage bei der AWZ-Erweiterung 2011 errichtet. Das Projekt wurde im Konjunkturprogramm II durch den Bund und das Land Rheinland- Pfalz mit insgesamt 90.000 Euro gefördert. Die Anlage kostet knapp 190.000 Euro.

In der Hackschnitzelheizung werden nur naturbelassene Hölzer verbrannt. Derzeit kommen selbst erzeugte Holzhackschnitzel zum Einsatz. Als nächster Schritt ist der Ersatz durch holzige Grünschnitt-Abfälle vorgesehen. Dieser Brennstoff wird beispielsweise aus dem Baumschnitt gewonnen, der am AWZ angeliefert wird.

Neben dem AWZ versorgt eine Nahwärmeleitung auch die benachbarte Umweltnernschule plus. Im Vergleich zu einer konventionellen Heizung spart dies 18,5 Tonnen CO₂ im Jahr. Dies entspricht etwa dem Ausstoß eines Mittelklassewagens auf einer Strecke von 100.000 Kilometern oder einer 2,5-fachen Erdumrundung.

Adenauer Nachrichten vom 20.04.2012

Zur Sache: Mehr Ökostrom

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in Deutschland ist von Januar bis Juni erstmals über die 25-Prozent-Marke geklettert. Mit 67,9 Milliarden Kilowattstunden deckte Ökostrom in den ersten sechs Monaten gut ein Viertel des deutschen Strombedarfs, teilte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) unter Berufung auf erste Schätzungen gestern in Berlin mit. Im Vorjahreszeitraum hatte der Anteil der erneuerbaren Energien mit 56,4 Milliarden Kilowattstunden rund 21 Prozent betragen. Windenergie bleibt mit einem Anteil von nun 9,2 Prozent die wichtigste erneuerbare Energie, gefolgt von Biomasse (5,7) und Fotovoltaik (5,3).

Rheinpfalz vom 27.7.2012



Energiewende jetzt erfolgreich umsetzen

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) fordern die Bundesregierung auf, die Energiewende entschlossen umzusetzen. "Ziele erreichen statt Ziele aufweichen" sollte das Motto der nächsten Monate werden.

Vorbemerkung:

Die Energiepreise werden in den nächsten Jahren tendenziell weiter steigen. Grund dafür sind eine steigende weltweite Nachfrage auf der einen und ein sinkendes Angebot an leicht und kostengünstig erschließbaren fossilen Energieträgern auf der anderen Seite. Die Energiewende bietet die Chance, durch eine konsistente Energiepolitik eine effektive und dauerhafte Kostenbremse für Verbraucher und Industrie in diesem Sektor zu schaffen.

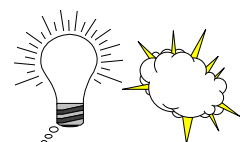
Beim Umbau des Energiesystems hin zu Erneuerbaren Energien muss die Energieeffizienz eine hohe Priorität genießen. Im Stromsektor können schnell umsetzbare Effizienzmaßnahmen dazu beitragen, den Kapazitätsbedarf zu verringern und so Ausbaukosten senken. Im Wärmesektor können Effizienzmaßnahmen mittel- bis langfristig den Bedarf an fossilen Energieträgern erheblich reduzieren. Im Verkehrssektor gibt es ebenfalls noch große Effizienzpotenziale. Insbesondere im Schwerlast- und Luftverkehr steigt der Energieverbrauch derzeit immer noch an.

Auf Basis eines sinkenden Energieverbrauchs kann es gelingen, schneller und günstiger eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen. Damit kann die Abhängigkeit von teuren und klimaschädlichen Energieimporten minimiert werden. Gleichzeitig werden die Energiekosten für alle Energieverbraucher wirkungsvoll gedämpft. Die Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren müssen dabei fair verteilt werden.

Dreh- und Angelpunkte der Energiewende müssen sein:

- Eine verbindliche Effizienzpolitik für 2020 und darüber hinaus
- Weiterer verlässlicher Ausbau der Erneuerbaren Energien
- Fortschritte bei der energetischen Gebäudesanierung und der Verbreitung effizienter Produkte
- Schaffung stabiler und haushaltsunabhängiger Anreizsysteme für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien sowie Beseitigung von Barrieren für Energiedienstleistungen
- Ein Boom für effizient genutzte Erneuerbare Wärme in Neubau und Bestand

Dieses Sofortprogramm zeigt, wie Wirtschaftsminister Philipp Rösler und Umweltminister Peter Altmaier die Energiewende in den nächsten Monaten konkret voranbringen können.



Unsere Vorschläge für Fortschritte bei der Energieeffizienz

Verbindliche Ziele und Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs:

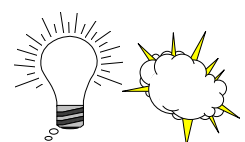
Energieeinsparungen machen die Energiewende schneller, einfacher und kostengünstiger. Vor allem können sie einen teuren und teilweise klimapolitisch kontraproduktiven Ausbau von Erzeugungskapazitäten in großem Umfang vermeiden. Daher müssen auch aus volkswirtschaftlicher Sicht Energieeffizienzsteigerungen schnell, systematisch und zielorientiert vorangetrieben werden. Aktuell klafft jedoch bei der Durchsetzung von mehr Energieeffizienz in Deutschland eine Lücke von 12 %, um das unverbindliche Primärenergieeinsparziel in Höhe von 20 Ofo bis 2020 erreichen zu können.

Übergeordnete Rahmenbedingungen für mehr Effizienz schaffen:

- Die Bundesregierung muss eine wirksame und schnelle Umsetzung der europäischen Effizienzrichtlinie auf den Weg bringen. Es muss die Chance genutzt werden, neue Maßnahmen zu etablieren, die tatsächlich zur Senkung des Energieverbrauchs führen. Zentral ist dabei die Benennung von Verantwortlichkeiten für die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen und eine damit verbundene Schaffung eines haushaltsetatunabhängigen Anreizmechanismus für Strom- und Wärmeeffizienz (z.B. Energieeffizienzfonds).
- Zur Erreichung der Ziele des Energiekonzeptes ist eine sehr ambitionierte Qualifizierungsoffensive in allen Sektoren und Ausbildungszweigen notwendig.
- Die Entwicklung eines funktionierenden Energiedienstleistungsmarktes darf in der Novelle des Mietrechts, des Energie- und Stromsteuerrechts und auch in öffentlichen Vergaberichtlinien nicht behindert, sondern muss befördert werden.

Schnell Stromeffizienzpotenziale in Haushalten und Unternehmen erschließen:

- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass EU-Energiekommissar Günther Oettinger ein dynamisches und europäisches Top-Runner-Programm umsetzt. Damit werden effiziente Spitzengeräte von heute zu Standardprodukten von morgen gemacht.
- Auch Deutschland kann eigene Top-Runner-Maßnahmen realisieren. Der BUND hat dazu ein 7-Punkte-Programm mit sofort umsetzbaren Maßnahmen vorgelegt, darunter eine Kühlschranks- Austauschprämie und die Erhöhung von Stromsparsechecks (von derzeit 100 Euro auf zeitnah 1000 Euro) für Haushalte mit geringem Einkommen sowie deren Ausdehnung auf alle Kommunen bis 2015.
- Auch stromintensive Unternehmen können einen bedeutenden Beitrag zur Energiewende leisten. Ökosteuerausnahmen müssen daher an tatsächliche Effizienzfortschritte geknüpft werden.
- Die Erschließung schnell umsetzbarer Einsparpotenziale (wie Antriebe, Beleuchtung und andere "Dauerläufer") sollte bei der Planung des künftigen Energiesystems hohe Priorität haben.



ENERGIE-INFO SEITE 19

Stromeinsparpotenziale bis 2020 (TWh): Die Industrie kann mindestens 14 % einsparen

	500				430
Gewerbe, Handel, Dienstleistung	140 (28 %)	16 (11 %)			124
Haushalte	141 (28 %)		24 (17 %)		117
Industrie	219 (43 %)			30 (14 %)	189
	Stromver- brauch 2010	Gewerbe, Handel, DL	Haushalte	Industrie	Stromver- brauch 2020
		Einsparpotential			

Gesamtes Einsparpotential bis 2020 von **70 TWh**

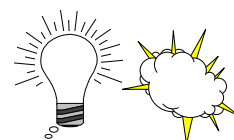
Zuverlässige und zielführende Anreize für mehr Gebäudeeffizienz schaffen:

- Für die energetische Gebäudesanierung muss dringend ein langfristiger und verbindlicher Sanierungsfahrplan vorgelegt werden.
- Die steuerliche Förderung von energetischen Wohngebäudemodernisierungen muss endlich beschlossen werden.
- Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm muss in den nächsten Haushaltsverhandlungen wieder auf jährlich mindestens 2 Mrd. Euro aufgestockt werden und zuverlässig zur Verfügung stehen.
- Die anstehende Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) muss ein klar verständliches und ambitioniertes Ziel haben: Ab 2015 müssen alle Neubauten Passivhäuser sein und bei Bestandsgebäuden muss geregelt sein, wie sämtliche wirtschaftlichen Einsparpotenziale mobilisiert werden können.

Vorschläge des BUND und des BEE für Fortschritte beim Ausbau Erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien weiter verlässlich ausbauen

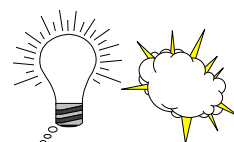
Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich funktioniert noch sehr erfolgreich. Politische Blockaden in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wurden aufgehoben, viele Bundesländer setzen sich ambitionierte Ausbauziele. Im ersten Halbjahr haben die Erneuerbaren Energien bereits einen Anteil von über 25 % am Stromverbrauch erreicht.



Die aktuellen Diskussionen von Teilen der Bundesregierung über vermeintlich explodierende Strompreise und die Betonung der Schwierigkeiten beim Umbau der Energieversorgung stellen den weiteren Erfolg der Energiewende allerdings infrage. Unternehmen und Bürger sind verunsichert bezüglich der zukünftigen Rahmenbedingungen, ihre hohe Investitionsbereitschaft wird auf eine harte Probe gestellt.

Mit dieser Politik des Zerredens muss sofort Schluss sein. Es gilt vielmehr, das Vertrauen in den Willen der Regierung zur Energiewende wieder herzustellen und den Umbau der Energieversorgung mit konkreten Schritten weiterzuführen.

- Die Investitionssicherheit für neue Regenerativ-Kraftwerke muss erhalten werden. Daher darf es keine übereilte EEG-Novelle geben. In der laufenden Legislaturperiode wurde das EEG 2009 zum Jahresbeginn umfassend novelliert. Zusätzlich gab es zwei weitere Novellen, die vor allem die Fotovoltaik im Fokus hatten und jedes Mal erhebliche Unsicherheit bei Investoren und Unternehmen auslösten. Eine weitere übereilte Novelle des EEG lehnen die Verbände ab. Vielmehr muss die letzte grundlegende Novelle zunächst ihre Wirkung entfalten können.
- Alle Vorschläge, das erfolgreiche EEG zu beschränken, zu deckeln oder den Ausbau der Erneuerbaren an Fortschritte beim Netzausbau zu koppeln, zielen darauf ab, die Energiewende zu bremsen. Für die Planungs- und Investitionssicherheit sind der Einspeisevorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien sowie feste Vergütungssätze als Kerne des EEG essenziell. Weitere Kostensenkungspotenziale im Bereich der Erneuerbaren können nur bei diesen verlässlichen Rahmenbedingungen gehoben werden.
- Um unnötige Kosten für Ausgleichsenergie und Netzausbau zu vermeiden, müssen die Regelenergiemärkte für die Erneuerbaren Energien weiter geöffnet werden. Dafür sollten bspw. kleinere Losgrößen, kürzere Fristen und ein Intra-Day-Markt geschaffen werden, um so genannte „Must-run-Kapazitäten“ konventioneller Kraftwerke zu reduzieren. Zudem müssen Biogas-BHKW und Biomassekraftwerke zur Primärregelung zugelassen werden (Vorbild Dänemark).
- Um die wetterabhängige Stromproduktion aus Wind- und Solarenergie auszugleichen, sollte die bedarfsgerechte Einspeisung von regelbaren Erneuerbaren ebenso wie verstärktes Lastmanagement angereizt werden. Der Einsatz von Bioenergie, Geothermie und in begrenztem Umfang auch der Wasserkraft ist regelbar und kann daher an die aktuelle Situation von Stromangebot und -nachfrage angepasst werden. Mit dem so genannten Kombikraftwerksbonus liegt dazu seit Jahren ein umfassender Vorschlag vor, der durch entsprechende Anreize beim Lastmanagement auf Verbraucherseite sinnvoll ergänzt werden kann.
- Eine ruhige und intensive Debatte über das künftige Energiemarktdesign muss jetzt aufgenommen werden. Der aktuelle „Energy-only-market“ gewährleistet weder für bestehende Gas- und Steinkohlekraftwerke einen wirtschaftlichen Betrieb noch bietet er eine ausreichende Basis für Investitionen in neue, hochflexible Gaskraftwerke. Eine vermeintliche Integration der Erneuerbaren in diesen



Markt würde dieses Problem nicht lösen, sondern es auch noch auf die Erneuerbaren Energien ausdehnen. Statt Diskussionen über eine Abschaffung des EEG oder die Einführung eines Quotenmodells sind neue Ansätze für ein adäquates Marktdesign gefragt, das Erneuerbare und verbleibende konventionelle Kraftwerke zusammenbringt und langfristige Investitionen erlaubt. Die (schrittweise) Einführung neuer Marktregeln bietet sich mit der nächsten regulären EEG-Novelle 2015/2016 an.

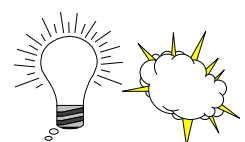
Ausbau Erneuerbarer Energien gerecht finanzieren

Der Strompreis für die Haushaltskunden steigt. Angeblich soll daran die Energiewende Schuld sein. Ein Blick auf die Preisentwicklung der letzten Jahre zeigt, dass dem nicht so ist. Seit 2002 sind die Verbraucherpreise um 10 Cent/kWh angestiegen. Die EEG-Umlage, aus der der Ausbau der Erneuerbaren Energien finanziert wird, hat sich in der Zeit aber nur um 3 Cent/kWh erhöht. Mehr als zwei Drittel der Preiserhöhungen hatten also nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun.

Nun hat die Bundesregierung allerdings weite Teile der Industrie von der EEG-Umlage ausgenommen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur verbrauchen einige wenige Hundert Firmen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, sie zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für Erneuerbare Energien. Dadurch steigen die Beiträge für alle anderen, vor allem für private Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen. Neben den Schlupflöchern im EEG gibt es eine entsprechende Ausnahmeregelung für die Industrie auch bei den Netzentgelten.

Hinzu kommt, dass die Erneuerbaren Energien den Preis an der Strombörse senken. Dieser positive Effekt wird bisher aber nicht an die Verbraucher weitergegeben. Es profitieren u.a. Industriebetriebe, die teilweise ihren Strom direkt an der Börse einkaufen. Die Energiewende kann aber nur gelingen, wenn sich an den notwendigen Investitionen beteiligen und nicht die einen für die anderen mitzahlen.

- Die Kosten für die Energiewende müssen gerechter verteilt werden. Die Bundesregierung muss deshalb Ausnahmen von der EEG-Umlage auf diejenigen Unternehmen beschränken, die tatsächlich und nachweislich in einem harten internationalen Wettbewerb stehen.
- Die Bundesregierung muss die Berechnungsgrundlage für die EEG-Umlage an die positiven Preiseffekte der Erneuerbaren Energien anpassen. Denn durch das Angebot von regenerativ erzeugtem Strom sinken die Großhandelspreise an der Strombörse und bewirken so Entlastungen um ca. 2,5 Mrd. Euro jährlich (Merit-Order-Effekt). Gleichzeitig erhöht dieser Effekt die EEG-Umlage. Das ist paradox. Der sog. Ausgleichsmechanismus muss daher so geändert werden, dass er nur die Mehrkosten für Erneuerbare Energien abzüglich der preissenkenden Effekte umfasst. Änderungen am Ausgleichsmechanismus können auf dem Verordnungswege erfolgen und bedürfen keiner grundsätzlichen EEG-Novelle.



Boom für Erneuerbare Wärme auslösen

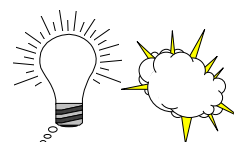
Besonderen Nachholbedarf bei der Energiewende gibt es im Wärmemarkt, der in der politischen Debatte derzeit sträflich vernachlässigt wird. Dabei ist neben einer wirksamen Effizienzsteigerung die Umstellung der Wärmeversorgung auf Erneuerbare Energien essenziell für das Gelingen der Energiewende. Die Verzögerung von dringend notwendigen politischen Entscheidungen muss deshalb beendet und durch eine offensive Mobilisierung der Potenziale für Erneuerbare Energien im Wärmemarkt ersetzt werden. Hierbei sollte auf eine optimale Balance aus Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien geachtet werden.

- Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zu Steuererleichterungen für energetische Sanierungen müssen jetzt endlich zum Erfolg geführt werden. Dabei muss im Ergebnis auch die Wärmeversorgung durch Erneuerbare Energien angemessen berücksichtigt werden.
- Der Erfahrungsbericht zum Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz befindet sich mit monatelanger Verzögerung in der Ressortabstimmung. Auf dieser Grundlage muss zügig eine ambitionierte Novelle des Gesetzes auf den Weg gebracht werden. Ziel der Neufassung muss es sein, bei Neubauten und vor allem auch im Gebäudebestand einen Boom für Erneuerbare Energien zur Wärmeherzeugung auszulösen.
- Um endlich verlässliche Rahmenbedingungen für Hausbesitzer, Hersteller und Installateure zu schaffen, muss im Zuge der Gesetzesnovelle eine haushaltsunabhängige Wärmeprämie eingeführt werden. Damit .. kann die Anschubfinanzierung für regenerative Heizungsanlagen über einen geringen Aufschlag auf Öl und Gas (max. 0,2 Cent/kWh) finanziert werden.

Ansprechpartner:

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Thorben Becker Leiter Energiepolitik Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin Fon: + 49 30 275 86-421; e-mail: thorben.becker@bund.net
- Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) Harald Uphoff Geschäftsführer Reinhardtstr. 18, 10117 Berlin; Fon: 030 /275 81 70 – 0; e-mail: harald.uphoff@bee-ev.de
- Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF) Christian Noll Geschäftsführender Vorstand, Kirchstr. 21, 10557 Berlin; Fon: 030 /36 40 97 02; Mobil: 01791/495764; e-mail: christian.noll@deneff.org

PM vom 8.8.12



PV-Förderung: Einigung im Vermittlungsausschuss

Am 27. Juni 2012 konnte im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat eine Einigung über die zukünftige Ausgestaltung der Förderung von Photovoltaik-Anlagen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erzielt werden. Am 11. Mai 2012 hatte der Bundesrat die zuvor vom Deutschen Bundestag beschlossene Novellierung des EEG vorläufig gestoppt und den Vermittlungsausschuss angerufen.

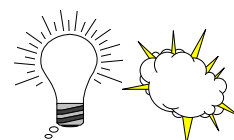
Für Photovoltaik-Dachanlagen wird eine neue Leistungsklasse zwischen 10 und 40 kW mit einer Vergütung von 18,5 Cent/kWh geschaffen. Der im EEG festgeschriebene Korridor von 2.500 MW bis 3.500 MW bleibt erhalten und wird nicht abgesenkt. Mit dem Auslaufen der Förderung bei Erreichung der 52 GW wird ein neues ordnungspolitisches Signal gesetzt: Damit wird im EEG erstmals eine klar definierte Grenze der Förderung aufgezeigt (EEG als Markteinführungsinstrument).

Das Marktintegrationsmodell wird nicht auf Kleinanlagen unter 10 kW angewendet, um den technischen und administrativen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Das Modell wird für neue Anlagen erst ab 2014 wirksam.

Energiewende Aktuell hatte in Ausgabe 06/2012 ausführlich über die vom Deutschen Bundestag verabschiedete EEG-Novelle berichtet. Dieses Gesetz ist die Grundlage der jetzt im Vermittlungsausschuss beschlossenen Änderungen, nachfolgend rot markiert:

- 1.) Inkrafttreten: Das Gesetz tritt zum 1.4.2012 in Kraft.
- 2.) Neugestaltung der Vergütungsklassen und Größenbegrenzung: Für Dachanlagen gibt es vier Vergütungsklassen: Anlagen bis 10 kW installierter Leistung, bis 40 kW, bis 1000 kW und über 1000 kW. Freiflächenanlagen erhalten eine einheitliche Vergütung. Anlagen größer als 10 MW erhalten keine Vergütung mehr. Um eine missbräuchliche Aufsplittung in mehrere 10-MW-Anlagen zu vermeiden, werden Anlagen als eine Anlage gewertet, wenn sie innerhalb von 24 Monaten im Umkreis von 2 km im Gebiet derselben Gemeinde in Betrieb gehen.
- 3.) Einmalabsenkung: Die für Juli 2012 erwartete Absenkung der Einspeisevergütung um 15% wird vorgezogen und um eine Sonderdegression ergänzt. Ab 1.4.2012 gelten die in der folgenden Tabelle dargestellten Vergütungssätze.

Installierte Anlagenleistung Dachanlagen				Freiflächenanlagen
bis 10 kW	bis 40 kW	bis 1.000 kW	bis 10 MW	bis 10 MW
19,5 ct/kWh	18,5 ct/kWh	16,5 ct/kWh	13,5 ct/kWh	13,5 ct/kWh



Vertrauensschutz / Übergangsbestimmungen:

a. Für Freiflächenanlagen gelten die alten Vergütungssätze weiter, wenn vor dem 1. März 2012 ein Planungsverfahren begonnen wurde (Aufstellungsbeschluss zum Bauungsplan oder Planfeststellungsverfahren) und die Anlage bis zum 30. Juni 2012 technisch in Betrieb genommen wird.

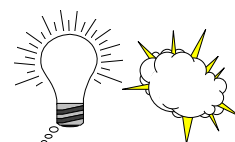
b. Bei Freiflächenanlagen auf Konversionsflächen wird die Inbetriebnahmefrist bis zum 30. September 2012 verlängert, die Vergütung sinkt allerdings zum 1. Juli 2012, wie auch bisher im EEG vorgesehen, um 15%.

c. Für Dachanlagen, die vor dem 24. Februar 2012 ein Netzanschlussbegehren beim Netzbetreiber gestellt haben, gelten die alten Vergütungssätze, wenn die Anlagen bis zum 30. Juni 2012 in Betrieb genommen werden.

4.) Verstetigung der Degression: Die Vergütungssätze werden ab 1. Mai 2012 monatlich um 1% gegenüber dem jeweiligen Vormonat abgesenkt. Dies entspricht einer jährlichen Absenkung von ca. 11,4% (Basisdegression), wenn der Zubaukorridor eingehalten wird.

5.) Zubaukorridor und Gesamtausbauziel: Im EEG wird ein Gesamtausbauziel für die geförderte Photovoltaik in Deutschland in Höhe von 52 GW verankert. Der jährliche Ausbaukorridor von 2.500 – 3.500 MW bleibt ohne Absenkung bis zur Erreichung dieses Ziels erhalten. Ist das Gesamtausbauziel erreicht, erhalten neue Anlagen keine Vergütung mehr. Der Einspeisevorrang bleibt aber für zusätzliche Anlagen auch danach gesichert. Die Bundesregierung wird rechtzeitig vor Erreichung des Ziels einen Vorschlag für eine Neugestaltung vorlegen.

6.) Zubauabhängige Steuerung ("atmender Deckel"): Die Höhe der Degression hängt vom Zubau ab. Die Degressionsschritte werden alle drei Monate angepasst und in Monatsschritten umgesetzt. In den Monaten Mai bis Oktober 2012 sinkt die Vergütung jeweils um 1% zu Monatsbeginn. Die erste zubauabhängige Anpassung erfolgt am 1. November 2012 aufgrund des Zubaus in den Monaten Juli bis September 2012, der auf zwölf Monate hochgerechnet wird. Um jahreszeitliche Schwankungen auszugleichen, erhöht sich in der Folge der Bezugszeitraum, der als Grundlage für die Berechnung der Degression dient: Basis für die Berechnung der Degression ab dem 1. Februar 2013 ist der Zubau von Juli 2012 bis Dezember 2012, wiederum hochgerechnet auf zwölf Monate. Basis für die Berechnung der Degression ab dem 1. Mai 2013 ist der Zubau von Juli 2012 bis März 2013, wiederum hochgerechnet auf zwölf Monate. Für die Berechnung der Degression ab dem 1. August 2013 kann erstmalig ein volles Jahr - vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Juni 2013 - als Bezug genommen werden. In der Folge werden jeweils die zurückliegenden zwölf Monate für die Berechnung der Degression verwendet. Ein Monat wird zudem als Puffer benötigt, damit die Bundesnetzagentur den Zubau und die neuen Vergütungssätze ermitteln kann. Wichtig bei dem neuen "atmenden Deckel" ist, dass bei deutlicher Unterschreitung des Zielkorridors die Degression ausgesetzt bzw. die Vergütungssätze sogar erhöht werden.



ENERGIE-INFO

SEITE 25

Grafische Übersicht der zubauabhängigen prozentualen Degressionsschritte / Monat:

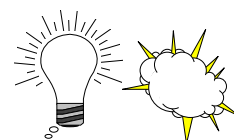
rd. 29 % ab 7.500 MW	→ 2,8 %
rd. 26 % ab 6.500 MW	→ 2,5 %
rd. 23 % ab 5.500 MW	→ 2,2 %
rd. 19 % ab 4.500 MW	→ 1,8 %
rd. 15 % ab 3.500 MW	→ 1,4 %
Zielkorridor 11,4 %	→ 1 %
9 % unter 2.500 MW	→ 0,75 %
6 % unter 2.000 MW	→ 0,5 %
0 % unter 1.500 MW	→ 0 %
-6 % unter 1.000 MW	→ -0,5 %

7.) Marktintegrationsmodell und Eigenverbrauchsbonus: Bei Anlagen zwischen 10 kW und 1.000 kW wird pro Jahr nur noch 90% der gesamten erzeugten Strommenge vergütet. Bei kleinen Anlagen bis 10 kW und bei Freiflächenanlagen und sonstigen Anlagen bis 10 MW erfolgt die Vergütung zu 100% der erzeugten Strommenge. Die Regelung gilt für alle Anlagen, die ab dem 1. April 2012 in Betrieb genommen werden, sie wird aber erst ab dem 1. Januar 2014 angewendet.

Die unvergütete Strommenge kann selbst verbraucht, direkt vermarktet oder dem Netzbetreiber zum Verkauf an der Börse angedient werden. Der Eigenverbrauchsbonus entfällt.

8.) Anlagen auf neuen Nicht-Wohngebäuden im Außenbereich: Solaranlagen im Außenbereich erhalten grundsätzlich nur dann noch die Dachflächenvergütung, wenn die Anlage auf Wohn- oder Stallgebäuden oder im Zusammenhang mit einem neuen landwirtschaftlichen Gehöft errichtet wird. Solaranlagen auf bereits errichteten Gebäuden erhalten weiterhin die Dachanlagenvergütung.

9.) Einengung des Inbetriebnahmebegriffs: Der Begriff der Inbetriebnahme wird enger gefasst. Ab dem 1. April 2012 reicht es nicht mehr aus, dass ein Modul Strom erzeugt hat. Es muss vielmehr an seinem bestimmungsgemäßen Ort fest installiert und mit einem Wechselrichter ausgestattet sein und Strom produziert haben (technische Inbetriebnahme). Dies gilt für Dachanlagen und auch für Freiflächenanlagen, für die die



Bestimmungen zum Vertrauensschutz gelten (vgl. Punkt 3), d.h. für alle neuen Anlagen gilt ab 1. April 2012 der technische Inbetriebnahmebegriff.

10.) Einbeziehung der Anlagen ins Einspeisemanagement: Anlagen mit einer installierten Leistung bis zu 100 kW, die ab dem 1. Januar 2012 in Betrieb gegangen sind, erhalten noch bis zum 1. Januar 2013 Zeit, technische Einrichtungen für die Abregelung ihrer Leistung einzubauen. Ab dem 1. Januar 2013 müssen solche Einrichtungen installiert sein, so dass die Anlagen in das Einspeisemanagement einbezogen werden können. Anlagen bis 30 kW können alternativ ab 2013 ihre maximale Wirkleistungseinspeisung ins Netz auf 70 Prozent begrenzen.

11.) Befreiung der Speicher von der EEG-Umlage: Zwischengespeicherter Strom wird künftig von der EEG-Umlage befreit, um eine Doppelbelastung bei Speicherung und Entnahme zu vermeiden.

12.) Umrüstung zur Behebung der 50,2 Hz-Problematik: Die Durchführung der Umrüstung obliegt den Netzbetreibern. Die Kosten werden je zur Hälfte über die Netzentgelte und die EEG-Umlage gewälzt. Anlagenbetreiber sind zur Mitwirkung und Duldung der Umrüstung verpflichtet. Bei fehlender Mitwirkung verliert der Anlagenbetreiber seinen EEG-Vergütungsanspruch.

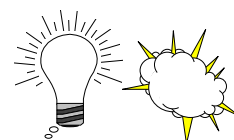
Weitere Maßnahmen: Die Bundesregierung wird noch in diesem Jahr die Managementprämie durch Rechtsverordnung mit Wirkung ab 1. Januar 2013 absenken. Ziel ist es, die EEG-Umlage hierdurch um bis zu 200 Mio. Euro zu entlasten.

Die Bundesregierung wird noch im Jahr 2012 ein neues Förderprogramm mit zinsvergünstigten Krediten für dezentrale Speicher (z.B. zur Speicherung von Photovoltaik-Strom in Batterien) bei der KfW initiieren und dieses Programm mit Tilgungszuschüssen in Höhe von 50 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt unterstützen. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt in Anlehnung an den Entschließungsantrag des Bundestages.

Die Bundesregierung wird für Forschung für regenerative Energieversorgungssysteme und anwendungsnahe PV-Systemlösungen sowie Produktionstechnologien, insbesondere für industriegeführte Verbünde, in den nächsten Jahren substanziell höhere Mittel bereitstellen (zusätzlich zur Speicherinitiative der Bundesregierung).

Die Bundesregierung prüft, wie rechtliche Hindernisse für die Versorgung von Mietern mit preisgünstigem EEG/KWK-Strom aus dem bewohnten Gebäude zum Eigenverbrauch beseitigt werden können. Die Bundesregierung setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Solarwirtschaft ein. In diesem Zusammenhang prüft sie, ob die KfW-Förderprogramme zur Zinsverbilligung von Solaranlagen hierzu einen Beitrag leisten können.

Quelle: Energiewende Aktuell vom 28.06.12



"Günstiger Strom aus der Wüste"

Mit Wüstenstrom aus Nordafrika könnte Europa seine Stromkosten nach Angaben der Desertec-Industrie-initiative (Dii) um rund 40 Prozent senken. Der Bau von Windparks, Solaranlagen und Stromtrassen würde annähernd 400 Milliarden Euro kosten, aber jährlich 33,5 Milliarden Euro gegenüber der Stromerzeugung in Europa sparen, erläuterte Dii-Experte Florian Zickfeld. Zudem erhöhe ein Stromverbund mit Nordafrika die Versorgungssicherheit. "Wir haben kostengünstige, unerschöpfliche Potenziale zur Erzeugung von Energie in der Wüste", sagte Dii-Geschäftsführerin Aglaia Wieland.

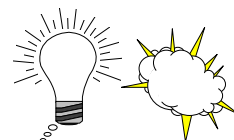
Die Desertec-Initiative, hinter der Unternehmen wie Munich Re, Siemens, RWE, Eon und die Mainzer Schott Solar stehen, will ab dem Jahr 2050 etwa 20 Prozent des europäischen Strombedarfs aus der Sahara importieren. In Europa erzeugter Strom werde etwa 73 Euro je Megawattstunde kosten, Wüstenstrom einschließlich Transportkosten nur 58 Euro, erklärte Zickfeld. Weitere 15 Euro je Megawattstunde würden gespart, weil mit dem Verbund weniger Stromspeicher und weniger zusätzliche Kraftwerke für Nachfragespitzen gebaut werden müssten. Die beiden ersten kleinen Wind- und Sonnenkraftwerke mit zusammen 250 Megawatt Leistung sollen in Kürze in Marokko gebaut werden und von 2014 an Strom liefern. DU-Geschäftsführer Paul van Son sagte: "Wir können nicht nur herumreisen auf Konferenzen. Wir müssen auch sehen, dass etwas passiert." Aber der Anlauf sei schwierig. Auf Fragen zum Investitionsklima in den arabischen Staaten sagte Wieland: "Die Industrie steht bereit, das Kapital steht bereit." Jetzt gehe es um die Absicherung von Investitionen.

Selbst wenn der Netzausbau teurer oder heimischer Ökostrom stärker ausgebaut würde als geplant, mache der Wüstenstrom Sinn, sagte Zickfeld: Ein Ökostromverbund über das Mittelmeer hinweg sei auf jeden Fall günstiger. Zudem könnte er auch Nordafrika und dem Nahen Osten Wachstumsimpulse geben, sagte Mario Ragwitz vom Fraunhofer-Institut, Nach der Vision der Desertec-Initiative würde der Strombedarf in Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten 2050 zu 90 Prozent mit erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Mainzer Allgemeine vom 22.6.12

Westerburg: mehr Raum für Windenergieanlagen

Schwerpunkt der jüngsten Sitzung des Verbandsgemeinderates Westerburg waren Beschlüsse, die im Zusammenhang mit der Nutzung regenerativer Energiequellen stehen. Mehrheitlich stimmte das Gremium (mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung) einer Ergänzung des gerade genehmigten Teilflächennutzungsplans Windenergie durch die Aufnahme neuer beziehungsweise durch die Erweiterung bestehender Konzentrationszonen zu.



Damit entsprach der Rat dem Wunsch einiger Ortsgemeinden sowie der Stadt Westerburg. Es handelt sich um Flächen in Bellingen und Rotenhain, Girkenroth, Berzhahn, Weltersburg und Willmenrod, Härtlingen sowie Westerburg. Hintergrund ist eine geänderte Gesetzeslage: Es ist nun möglich, solche Konzentrationsflächen auch in Naturschutzgebieten auszuweisen. Die neuen Standorte sind noch nicht durch ein Prüfungsverfahren gesichert. "Mit dieser Fortschreibung möchten wir die Weichen dafür stellen, dass diese Areale die bislang als Naturschutzgebiete tabu waren, nun genutzt werden können", betonte Bürgermeister Gerhard Loos abschließend. Ebenfalls mehrheitlich (mit einer Gegenstimme von Georg Mies, CDU) gab der Rat grünes Licht für die Änderung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung von Sonderbauflächen für Fotovoltaikanlagen in Halbs und Hergenroth.

Vorausgegangen war eine lebhafte Diskussion über die Stellungnahmen der Landwirtschaftskammer und des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum sowie der Unteren Naturschutzbehörde. Kernpunkt war der Standort der ausgewiesenen, landwirtschaftlich genutzten Kompensationsfläche für das geplante Vorhaben.

"Wir nehmen uns durch solche Maßnahmen selbst unsere Lebensgrundlage", erklärte Wolfgang Steup (FWG). "Wir sind auf regenerative Energien angewiesen. Man muss sich für das eine oder andere entscheiden", hielt Loos entgegen. Auch Bernard Fuchs (WuB) schloss sich dem Vorschlag Steups an, eine andere Fläche zu suchen. "Vertrauen wir auf die Weisheit eines Ortsbürgermeisters", meinte Markus Hof (CDU), da die Kompensationsfläche Eigentum der Ortsgemeinde Halbs ist. Wie Loos informierte, wird sie auch weiter landwirtschaftlich genutzt werden können.

Westerwälder Zeitung vom 21.6.12

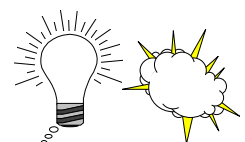
Anmerkung: Mit „Naturschutzgebieten“ sind hier wohl Natura 2000-Gebiete irrtümlich falsch bezeichnet worden.

Michael Carl

Mammutprojekt nimmt Fahrt auf

Auf den Höhen zwischen Schweich und Ensch planen die Stadtwerke Trier den Bau eines Pumpspeicherkraftwerks (der TV berichtete). Ziel ist die optimale Nutzung der regionalen regenerativen Energien. Inzwischen hat das Raumordnungsverfahren begonnen - ein Mammutprojekt nimmt langsam Fahrt auf.

Die Stadtwerke Trier (SWT) haben Großes vor: Über dem Moseltal in der Verbandsgemeinde (VG) Schweich wollen sie ein Pumpspeicherkraftwerk (PSKW) errichten. Es soll mit 300 Megawatt Leistung den Strombedarf von rund 500 000 Menschen gewährleisten.



Nach monatelanger Vorarbeit haben die SWT die erforderlichen Unterlagen für das Raumordnungsverfahren bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz eingereicht. Es handelt sich um zahlreiche, von beauftragten Fachbüros erstellte Gutachten und Studien. Untersucht wurden die möglichen Auswirkungen der Anlage auf Menschen, Landschaft, Umwelt und Wirtschaft. Damit ist das Raumordnungsverfahren als Vorstufe des Genehmigungsverfahrens eröffnet.

"Wir rechnen damit, dass dieses Vorverfahren bis Ende 2012 abgeschlossen werden kann", erklärt SWT-Projektleiter Rudolf Schöller. Parallel zu diesem ersten Schritt bereiten die Projektingenieure von SWT das Planfeststellungsverfahren vor, das Ende 2013 beginnen und 2015 abgeschlossen sein soll. 2016 könnten dann die Bauarbeiten beginnen. Läuft alles nach Plan, nimmt das PSKW des Trierer Versorgungsunternehmens 2020 den Betrieb auf.

In den künftigen Anrainergemeinden stößt das Projekt überwiegend auf Zustimmung. Im Juni haben rund 30 interessierte Bürger aus Enschede und der VG Schweich gemeinsam mit den SWT-Verantwortlichen die Trinkwassertalsperre in Nonnweiler besichtigt. Dieser Damm entspricht in seinen Dimensionen in etwa der geplanten Talsperre zur Errichtung des Unterbeckens bei Enschede. Die Reaktion der Teilnehmer war durchweg positiv (der TV berichtete).

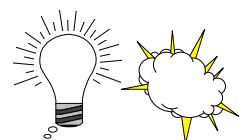
Nächste Infomöglichkeiten: Beim Enscheder Weinfest wird am 28. Juli eine geführte Wanderung zum geplanten Unterbeckenstandort des PSKW stattfinden. Treffpunkt ist um 15 Uhr am Festplatz in Enschede. Darüber hinaus gibt es einen Informationsstand während des Enscheder Weinfests vom 27. bis 29. Juli. Zusätzlich wird im Laufe des Jahres eine weitere geführte Wanderung zum geplanten Standort des Oberbeckens angeboten. Der Termin steht noch nicht fest. Aktuelle Informationen gibt es auch im Internet unter www.swt.de/pumpspeicherkraftwerk

Trierischer Volksfreund vom 9.7.12

Energiewende paradox

Pumpspeicherwerke waren im Jahr 2011 weniger im Einsatz - trotz oder vielmehr wegen des Atomausstiegs. Vor allem die Photovoltaik macht das Geschäftsmodell der Stromspeicher derzeit unattraktiv.

Die Energiewende hat eine scheinbar paradoxe Konsequenz: Die Pumpspeicherwerke in Deutschland waren im Jahr 2011 verglichen mit den Vorjahren seltener im Einsatz. Das scheint angesichts der öffentlichen Debatte widersprüchlich, die stets von steigendem Bedarf an Speichern ausgeht, da im Zuge der Energiewende Grundlastkraftwerke durch fluktuierende Erzeuger ersetzt werden.



ENERGIE-INFO

SEITE 30

Die Zahlen im Detail: Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) errechnet hat, liefen die deutschen Pumpspeicherwerke im vergangenen Jahr nur 980 Stunden, umgerechnet auf Vollast. Im Jahr zuvor waren es noch 1.100 Stunden gewesen, was auch etwa dem Mittelwert der vergangenen zehn Jahre entspricht. Nun könnte man annehmen, dass die Anlagen - obwohl weniger in Betrieb - wegen der schwankenden Stromproduktion aus Wind und Sonne häufiger ihre Betriebsart wechseln mussten. Doch auch das ist nicht der Fall.

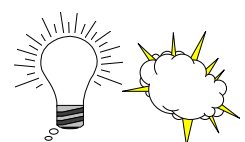
Im Gegenteil: Bei den Schluchseewerken, dem größten Pumpspeicherkomplex in Deutschland, erreichten die 20 Maschinensätze im Jahr 2011 mit rund 35.000 Wechseln der Betriebsart den niedrigsten Stand seit den achtziger Jahren. Ein Betriebsartenwechsel findet statt, wenn die Maschinen zum Beispiel von Pumpbetrieb - also der Stromaufnahme - in die Stromerzeugung wechseln. Im Jahr 2010 lag der Wert noch bei 41.000 Wechseln, in den Jahren davor zum Teil über 60.000.

Die Schluchseewerke führen nun als Grund für den Rückgang der Betriebsartenwechsel einen veränderten Einsatz der Maschinen an. Wo man sie einst ganz abgestellt habe, regle man sie heute nur auf eine minimale Leistung herunter, erklärte eine Sprecherin - man reduziere damit den Verschleiß. Ein Grund für geringere Einsatzzeiten seien außerdem Revisionsarbeiten.

Trotz solcher Faktoren zeigen die Zahlen des Jahres 2011 aber auch, dass der Betrieb von Pumpspeicherwerken durch das Abschalten der acht Atomreaktoren in Deutschland und durch den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich unattraktiver geworden ist. "Das gute Geschäft der Pumpspeicher beruhte Jahrzehnte lang darauf, dass Grundlastkraftwerke 24 Stunden konstant Strom erzeugen, der Bedarf nachts aber sehr gering und tags über sehr hoch ist", erklärt Ingo Stadler, Professor am Institut für Elektrische Energietechnik der Fachhochschule Köln.

So konnten die Kraftwerke früher mit billigem Nachtstrom Wasser den Berg hinauf pumpen, um dann zu Mittagszeiten teuren Spitzenstrom zu erzeugen. Mit dem Atomausstieg jedoch verringert sich das nächtliche Überangebot. Zugleich gibt es die Preispitzen am Mittag nicht mehr, weil die Photovoltaik zu diesen Zeiten ins Netz drängt.

"Ausgerechnet die Photovoltaik, der man immer unterstellt, sie würde Strom produzieren, wenn dieser nicht benötigt wird, senkt die Strompreise am Mittag und macht damit das Geschäftsmodell der Pumpspeicher zunichte", sagt Stadler. Ähnlich sieht es auch Uwe Leprich, Professor am Institut für ZukunftsEnergieSysteme in Saarbrücken: "Die Zeitfenster, in denen Pumpspeicherwerke hohe Preise mitnehmen konnten, sind insbesondere durch die Photovoltaik schmaler geworden."



Der Bau des größten deutschen Pumpspeicherwerkes im Südschwarzwald steht deshalb aus wirtschaftlichen Gründen auch auf der Kippe. Zum einen explodieren die Kosten: Die Schluchseewerk AG kalkuliert inzwischen mit 1,6 Milliarden Euro; bei der Präsentation des Projektes mit dem Namen Atdorf im Herbst 2008 waren noch 700 Millionen Euro die Planungsgrundlage. Zudem hat das heftig umstrittene Pumpspeicherwerk durch die energiewirtschaftlichen Veränderungen seit Fukushima ökonomisch an Attraktivität eingebüßt.

Der Stadtwerkeverbund Trianel hält derzeit weiter an den Plänen für ein neues Pumpspeicherwerk Nethe fest. Zudem sollen im Thüringer Wald und am Rurstaensee in der Eifel zwei neue Pumpspeicherwerke entstehen. Derzeit gibt es 31 solcher Stromspeicherwerke in Deutschland.

Klimaretter.info, Montag, 09. Juli 2012

Filz war Schuld

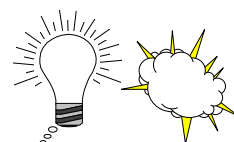
Jetzt ist es raus. Nicht die Tsunami-Welle sondern der Filz zwischen Politik, Atomindustrie und Behörden ist ursächlich für diese dramatische Katastrophe. Was eine Vielzahl von Menschen schon immer gewusst oder geahnt haben, wurde nun in einem 340 seitigen Bericht zusammengefasst. Wir reden hier natürlich von Japan und nicht von Deutschland! Unser (gefühl) höchster deutscher Atompolitiker Dr. Fuchs aus Koblenz verkündete erst kürzlich beim Jahrestag der Westerwälder Wirtschaft: „So ein Tsunami kann es ja wohl in Deutschland nicht geben. Ich verstehe nicht warum wir auf die Atomenergie verzichten sollten.“ Herr Fuchs scheint sich sicher zu sein, dass wir wirklich alle möglichen Risiken ausschließen können, sogar den Filz zwischen Politik, Atomindustrie und Behörden.

Für mich gibt es nur einen Weg: 100 % Erneuerbare Energie und dies auf dem schnellsten Weg. Gegner der Energiewende führen immer die hohen Kosten an. Selten wird der volkswirtschaftliche Nutzen dem gegenüber gestellt! Zum Beispiel: Vermiedener Kapitalabfluss für den Einkauf von fossiler Energie, mehr als 400.000 Arbeitsplätze (Steuerzahler), Technologieführerschaft vom deutschen Maschinen und Anlagenbau der unserem Land weiterhin Exportüberschüsse garantiert,... . Außerdem sollten wir nicht unser Geld für fossile Energien in Länder transferieren, damit sich diese dann Panzer und Waffen kaufen können um Demokratiebewegungen im Keim zu ersticken.

Es grüßt Sie von den Höhen des Westerwaldes

Ihr Markus Mann

Leserbrief von Markus Mann



Abschied von den satten Margen

Vorbei die Zeiten der Rekordgewinne: Bei der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), Karlsruhe, reduzierte sich 2011 bei einem im Vergleich zum Vorjahr um 7,3 Prozent höheren Außenumsatz von 18,79 Milliarden Euro das operative Ergebnis vor Ertragssteuern, Finanz- und Beteiligungsergebnis beziehungsweise das sogenannte Adjusted Ebit um 17 Prozent auf 1,60 Milliarden Euro. Unterm Strich ergibt sich ein Konzernfehlbetrag von 816 Millionen Euro, im Vorjahr gab es noch 1,2 Milliarden Euro Gewinn.

Auch RWE musste 2011 Einbußen hinnehmen: Der Konzernumsatz sank um drei Prozent auf 51,7 Milliarden Euro, das betriebliche Ergebnis um 24 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro. Das für die Dividendenberechnung entscheidende nachhaltige Nettoergebnis erreichte 2,5 Milliarden Euro und lag so 34 Prozent unterm Vorjahreswert. Das betriebliche Ergebnis des Unternehmensbereichs Deutschland lag mit 4,2 Milliarden Euro um 25 Prozent unter dem Vorjahr.

Auch E.on musste für 2011 erstmals mit einem deutlich rückläufigen Konzernergebnis abschließen: Der Umsatz wuchs zwar um 22 Prozent auf rund 113 Milliarden Euro an. Doch das Ebitda lag mit rund 9,3 Milliarden Euro rund 30 Prozent unter dem Vorjahreswert.

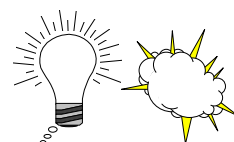
Die Gründe für die gesunkenen Gewinne waren unter anderem die Stilllegung deutscher Kernkraftwerke und die Kernbrennstoffsteuer, geringere Stromerlöse und der Margendruck im Gashandelsgeschäft.

ENERGIEDEPESCHE 2-2012

Sonnenbranche droht Gewitter

Die europäische Solarindustrie kämpft mit Preisdruck aus Fernost. In Brüssel hat sie eine Antidumpingklage gegen chinesische Hersteller eingereicht. Die Chinesen fühlen sich ungerecht behandelt.

Solarhersteller in den USA haben durchgesetzt, dass das Handelsministerium gegen Solarimporte aus China Strafzölle verhängte. Die europäischen Hersteller wollen nachziehen. Sie haben bei der Europäischen Kommission in Brüssel eine Antidumpingklage gegen die Konkurrenz aus China eingereicht. Federführend ist in beiden Fällen der Bonner Konzern Solarworld.



Hinter dem neuen Bündnis EU Pro-Sun stehen 25 Firmen unter anderem aus Deutschland, Italien und Spanien: mehr als ein Viertel aller europäischen Solarunternehmen. So viele müssen das Verfahren bei der EU-Kommission beantragen, damit es in Gang kommt.

Die Kläger kritisieren, dass chinesische Anbieter dank staatlicher Subventionen Wettbewerbsvorteile haben. So hat kürzlich die Stadt Xinyu einen Kredit über 78 Millionen Dollar (63,4 Mrd. Euro) für die dort ansässige LOK Solar getilgt. Die Solarindustrie in Europa hingegen leidet Not. Mehrere deutsche Hersteller haben Insolvenz angemeldet. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) bekundete vergangene Woche Sympathie für "ein Antidumpingverfahren gegen China". Er versprach, die Problematik Ende August in China beim Besuch mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) anzusprechen.

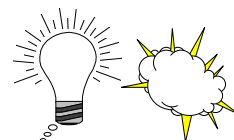
Doch was ist dran an den Dumpingvorwürfen? Die chinesische Regierung arbeitet an einer Energiewende. China ist der weltweit größte Investor in erneuerbare Energien. Bis 2017 will das Schwellenland umgerechnet 400 Milliarden Euro für Ökostromprojekte ausgeben. Die Art der Beihilfen ähnelt dem deutschen Modell: Der Staat setzt Anreize für den Aufbau umweltfreundlicher Stromerzeugung, es gibt Krediterleichterungen bei Investitionen und kommunale Förderung bei der Baulandvergabe zum Aufbau neuer Fabriken. "Wir machen nichts, was woanders nicht auch üblich ist", beteuert ein Sprecher von Yingli, Chinas zweitgrößtem Fotovoltaikhersteller. Den Vorwurf des Dumpings weist er zurück: Bei einer Exportquote von über 80 Prozent könne Yingli unmöglich seine Produkte auf Dauer unter dem Selbstkostenpreis anbieten.

Kritik an der Klage kommt auch aus Deutschland: Die tatsächlichen Produktionskosten im Inland seien durch die staatliche Förderung verzerrt, kritisiert Wolfgang Hummel vom Zentrum für Solarmarktforschung in Berlin. Massive Preisrückgänge seien kein Einzelfall und nicht zwangsläufig mit wettbewerbswidrigen Subventionen zu erklären. Die EU-Kommission will bis spätestens Mitte September entscheiden, ob die Klage angenommen wird. Ein vorläufiges Urteil soll bis Juni 2013 gefällt werden.

Rheinpfalz vom 27.7.2012

Grüner Strom Label + ASEW: Kooperation endet

Zum 31. Dezember 2012 endet die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Grünen Strom Label e.V. (GSL) und der Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung im VKU (ASEW). Die Ökostrommarke energreen, die von der ASEW derzeit gebündelt zertifiziert und von mehr als fünfzig Stadtwerken vertrieben wird, trägt damit ab dem 1. Januar 2013 nicht mehr das Grüne Strom Label. Grund dafür ist der neue GSL-Kriterienkatalog, den die ASEW nicht als Grundlage der weiteren Zertifizierung angenommen hat.

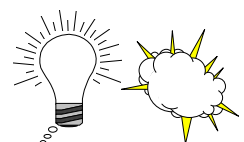


„Die Kriterien für die Zertifizierung werden beim Grüner Strom Label in regelmäßigen Abständen überprüft. Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in der Ökostromzertifizierung, der Entwicklungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz und des sich wandelnden energiewirtschaftlichen Kontextes wurde der seit 2008 gültige Katalog den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst. Die zertifizierten Energieanbieter wurden konsultierend einbezogen und die meisten von ihnen sehen kein Problem darin, die Anpassungen mitzutragen“, erläutert die GSL-Vorsitzende Rosa Hemmers. „Dass die ASEW die Zusammenarbeit beendet, bedauern wir, denn Stadtwerke sind für uns wichtige Partner für eine dezentrale und demokratische Energiewende. Den Stadtwerken, die bisher über den energreen-Verbund zertifiziert werden, bieten wir an, ihr Ökostromprodukt mit einem eigenen Namen auf Basis unserer neuen Kriterien zukünftig direkt bei uns zertifizieren zu lassen. So können sie auch in Zukunft das von einer breiten Allianz anerkannter Umwelt- und Verbraucherorganisationen getragene Gütesiegel für ihre Produkte nutzen.“

Der Fokus der GSL-Zertifizierung liegt auch mit den neuen Kriterien darauf, dass ein fester Betrag je Kilowattstunde in den Ausbau erneuerbarer Energien fließt. Neben konkreten Ökokraftwerken können die Energieanbieter ab sofort verstärkt innovative Maßnahmen fördern, die für die Energiewende eine zentrale Rolle spielen. Damit erfüllen GSL-zertifizierte Produkte weiterhin die wichtigste Erwartung, die Verbraucher an Ökostrom stellen: Dass sie mit dem Bezug von Ökostrom aktiv und nachweislich zum Ausbau erneuerbarer Energien beitragen. Nicht alle Ökostromsiegel werden diesem Anspruch gerecht, wie jüngste Untersuchungen von Stiftung Warentest und ÖKO-TEST einmal mehr bestätigen.

In Bezug auf die vorhandenen Kundengelder, die die energreen-Stadtwerke über den festgelegten Betrag je Kilowattstunde bisher eingenommen haben, bietet der Grüner Strom Label e.V. der ASEW an, dass die Mittel noch bis Ende 2014 in erneuerbare Projekte investiert werden können. Die Investitionen werden von einem unabhängigen Institut überprüft und vom Grüner Strom Label e.V. transparent kommuniziert.

Die Kunden der GSL-zertifizierten Produkte fördern jedoch nicht nur neue Ökokraftwerke, sondern werden weiterhin auch mit Ökostrom aus bereits existierenden Kraftwerken physisch beliefert. In diesem Punkt wurde in den GSL-Kriterien eine Ausnahmeregelung gestrichen, nach der die Anbieter für Produkte mit geringen Absatzmengen bisher nicht zwingend Ökostrom beschaffen mussten. Diese Ausnahmeregelung ist aus Sicht des Grüner Strom Label e.V. nicht mehr erforderlich, da heute auch kleinere Mengen in der entsprechenden Qualität beschafft werden können. Zudem können Einkaufsgemeinschaften für Ökostrom gebildet werden, was einige Unternehmen im Rahmen der GSL-Zertifizierung bereits praktizieren.



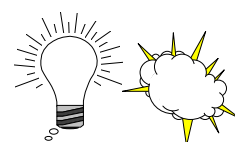
Ein Kriterium, das in der GSL-Zertifizierung seit jeher verankert war und nun nochmals bekräftigt wurde, ist der Ausschluss von Anbietern, die direkt an einem Atomkraftwerk beteiligt sind. „Von den mehr als fünfzig Stadtwerken, die über den energreen-Verbund zertifiziert werden, betrifft dies die Stadtwerke Bielefeld“, so Rosa Hemmers. „Wir haben in diesem Fall bisher eine Ausnahme gemacht, da es sich bei Grohnde um einen Altbestand handelt und weil das Unternehmen insgesamt eine auf Nachhaltigkeit und Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtete Unternehmenspolitik verfolgte. Inzwischen ist eine solche Kraftwerksbeteiligung aber nicht mehr nötig, der Markt gibt es her, dass man sich von einer solchen Beteiligung trennt. Nach intensiver Beratung haben sich die GSL-Trägerverbände deshalb dafür entschieden, die Ausnahmeregelung nicht zu verlängern.“

In einem weiteren Punkt, der zwischen GSL e.V. und ASEW diskutiert wurde, haben sich die Kriterien nicht geändert: Bereits seit Jahren besteht die Möglichkeit, den Förderbetrag, der in erneuerbare Energien investiert werden muss, auf einen Cent je Kilowattstunde abzusenken beziehungsweise ihn diesem Mindestbetrag anzunähern. „Damit verfolgen wir nicht etwa das Ziel, dass weniger Geld in die Energiewende fließt“, betont Rosa Hemmers. „Ziel ist, dass durch attraktive Ökostromprodukte möglichst viele Kunden einen moderaten Förderbetrag leisten. Unsere Erfahrung zeigt, dass Anbieter durch eine marktgerechtere Produktgestaltung oft zahlreiche Neukunden gewinnen. Unter dem Strich steht dann mehr Geld für erneuerbare Energien zur Verfügung als zuvor.“

Das Grüner Strom Label

Das Grüner Strom Label kennzeichnet Ökostromprodukte mit zusätzlichem Umweltnutzen. Das Label wird getragen von sieben gemeinnützigen Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie Friedensorganisationen. Zentrales Kriterium der Zertifizierung ist, dass die Stromanbieter mit einem festen Betrag je verkaufter Kilowattstunde Ökostrom den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien fördern. Bisher konnten so rund 850 Erneuerbare-Energie-Anlagen realisiert und cofinanziert werden.

Herausgeber und Pressekontakt Grüner Strom Label e.V., 10.8.12



Russischer Atomkonzern kauft Fuhrländer (??)

Ungewöhnliche "Energiewende" im Westerwald: Der Waigandshainer Öko-Pionier Joachim Fuhrländer hat sein Windkraft-Unternehmen ausgerechnet an den russischen Atomstrom-Riesen Rosatom verkauft. Das meldet das Wochenmagazin "Wirtschaftswoche" in seiner neuesten Ausgabe unter der Schlagzeile "Ausverkauf der Öko-Branche".

Rosatom, ein staatliches Unternehmen, sei über Tochterunternehmen in die deutsche Windkraftbranche eingestiegen, berichtet das Magazin. Unternehmensgründer Joachim Fuhrländer hat demnach seine gesamten Anteile an der Fuhrländer AG mit Standort Liebenscheid im Westerwald an ein Konsortium um den ukrainischen Metallkonzern Energomashspetsstal verkauft, der zum Rosatomkonzern gehört. Die russisch - ukrainischen Investoren halten dem Bericht zufolge nun knapp 80 Prozent an Fuhrländer, immer noch einer der größten Windkraftanlagen-Hersteller Deutschlands. Im Mai hatte Fuhrländer in schwieriger Lage einen Großauftrag gemeldet: Ein langjähriger Kunde aus der Ukraine habe 20 Windkraftanlagen mit je 2,5 Megawatt Leistung bestellt. Als Auftraggeber nannte das Unternehmen Maksym Yefymov, "Generaldirektor eines großen Metall verarbeitenden Unternehmens in der Ukraine, der mit Fuhrländer bereits lange über ein Joint Venture verbunden ist".

Der Aufsichtsrat der Fuhrländer AG ist nun aktuell um zwei Mitglieder ergänzt worden: Maksym Yefymov Und Gennadiy Molchanov, Yefymov, geboren 1974 in Petropavlovsk (Kasachstan), ist seit 2007 Generaldirektor eben gerade der Energomashspetsstal! Er gehört dem Unternehmen in unterschiedlichen Führungspositionen bereits seit 1999 an. Gennadiy Molchanov, 'geboren 1971, ist Rechtsanwalt und Seniorrechtsberater der Holdinggesellschaft Region LLC in Kiew. Unverändert gehören dem Aufsichtsrat an: Vorsitzender Rudolf Scharping, sein Stellvertreter Klaus Geerds und Willi Balz.

Dazu passt, dass Fuhrländer als erstes Unternehmen in der Branche der erneuerbaren Energien mit ukrainischen Partnern eine Baugenehmigung für ein Fertigungswerk in Kramatorsk bekommen hatte. Die Anlagen in der Ukraine wurden gerade eingeweiht. Schon seit dem Frühjahr hatte sich die Entwicklung angedeutet: Fuhrländer kündigte an, jede zehnte der weltweit 700 Stellen abzubauen, davon 50 bis 60 Stellen an den Westerwälder Standorten Liebenscheid am Siegerland-Flughafen und Waigandshain. Grund für die Entlassungen waren der sinkende Umsatz, der unter die 200-Millionen-Euro-Marke fiel, und Verluste in zweistelliger Millionenhöhe. Nicht antasten wollte Joachim Fuhrländer bei den Sparmaßnahmen die rund 150 Auszubildenden, wie er unserer Zeitung damals sagte. Neben den überproportional vielen Azubis stellte der bekennende Christ auch immer wieder benachteiligte Menschen in sein Unternehmen ein. Zudem engagierte er sich in der und für die Region. So kaufte er vor Jahren das kleine Gasthaus auf der Fuchskaute, der höchsten Erhebung des Westerwaldes, und zwischen den Standorten Waigandshain und Liebenscheid gelegen, und erweiterte es um eine prächtige Kulturscheune.



In jüngster Zeit waren dann weitere Einzelheiten aus dem Unternehmen an die Öffentlichkeit gedrungen: Im Mai wurde bekannt, dass der 52-jährige Gründer und Mehrheitsaktionär aus dem Vorstand "seiner" Firma ausgeschieden ist. Werner Heer wurde zum Vorstandschef berufen. Er war erst im Januar vom Industriemäxmaschinenhersteller Dürrkopp-Adler geholt worden, muss nun aber bis zum Jahresende wieder seinen Stuhl räumen, erfuhr die "Wirtschaftswoche". Der Sanierungsexperte soll durch einen Manager der Windbranche ersetzt werden.

Über die Folgen der Übernahme für die Arbeitsplätze insbesondere in der Region wurde noch nichts bekannt. Fuhrländer hat für den Mittwoch zu einer Pressekonferenz eingeladen, bei der die neue Geschäftsführung vorgestellt und die aktuelle Situation und die neue Strategie dargestellt werden sollen.

Rhein-Zeitung vom 6.8.12

Anmerkung: In einem zweiten Bericht korrigiert die Rhein-Zeitung die Angabe, dass es sich bei dem Käufer um einen russischen Atomkonzern handelt. Neuer Mehrheitsaktionär ist vielmehr die „Windgröße GmbH“, zu deren Anteilseignern Yefymov gehört.
Michael Carl

Dieselabgase: Laut WHO viel gefährlicher

Das Einatmen von Dieselabgasen ist nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gefährlicher als bislang angenommen. Die WHO stuft gestern die Abgase des Treibstoffs nicht mehr nur als potenziell krebserregend ein, sondern sieht Belege für einen eindeutigen Zusammenhang mit der Krankheit. Damit gruppiert die Organisation Dieselabgase wie die Risikostoffe Asbest, Arsen und Senfgas ein. Eine Experten-Gruppe habe Belege gefunden, dass die Dieselabgase eine Ursache von Lungenkrebs seien und es zudem eine Verbindung zu Blasenkrebs gebe. Die Einschätzung von Benzin-Abgasen veränderte die WHO dagegen nicht. Diese werden weiter mit "wahrscheinlich krebserregend" bewertet. Weltweit sollten die Deselemissionen verringert werden.

Dieselbetriebene Fahrzeuge sind vor allem in Westeuropa beliebt. In Ländern außerhalb Europas werden vor allem LKW mit dem Treibstoff betankt. In Deutschland stehen Diesel bereits wegen der Feinstaubproblematik in der Kritik: Zusammen mit anderen Partikeln bildet Dieselruß kleinste Staubteilchen, die in die Lunge gelangen und dort Krebs auslösen können. Sogenannte Partikelfilter im Fahrzeug lösen das Problem nur unzureichend.

Rheinpfalz vom 13.6.12



Der Südwesten trägt das größte Atomrisiko

Das weltweite Risiko für einen katastrophalen Unfall in einem Atomreaktor ist größer als angenommen. Das haben Forscher vom Mainzer Max-Planck-Institut für Physik ausgerechnet. Mit dem momentanen Bestand an Atomkraftwerken könnte es demnach etwa einmal in 10 bis 20 Jahren einen GAU geben, den größten anzunehmenden Unfall, wie der Atmosphärenchemiker Jos Lelieveld erklärt. Dies sei deutlich häufiger als in der Vergangenheit geschätzt. Und: Der Südwesten Deutschlands ist auch noch diejenige Region, die weltweit das größte Risiko trägt für eine radioaktive Kontamination.

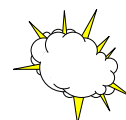
Wann könnte es die nächste Atomkatastrophe geben? Dieser Frage sind Mainzer Atmosphärenchemiker mit einer ganz nüchternen Rechnung nachgegangen. Momentan sind nach Angaben des Instituts weltweit 440 Kernreaktoren in Betrieb, 60 weitere befinden sich in Planung. Um die Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze zu ermitteln, addierten die Forscher die Laufzeit aller Kernreaktoren weltweit von der Inbetriebnahme des ersten zivilen Reaktors bis heute. Diese Summe, 14.500 Jahre, teilten sie durch die Zahl von vier Kernschmelzen - eine in Tschernobyl und drei in Fukushima.

Aus der Rechnung ergibt sich, dass es "in 3625 Reaktorjahren zu einem GAU kommt", erklärte Lelieveld. Selbst wenn dieses Ergebnis auf 5000 Reaktorjahre aufgerundet wird, liege das Risiko 200-mal höher, als Schätzungen der US-amerikanischen Zulassungskommission für Kernreaktoren im Jahr 1990 ergeben haben.

Nach der Analyse der Mainzer Forscher tragen im weltweiten Vergleich die Einwohner im dicht besiedelten Südwestdeutschland das höchste Risiko einer radioaktiven Verseuchung. Das liegt an den zahlreichen Kernkraftwerken an den Grenzen zu Frankreich und Belgien. Dies dürfte Wasser auf die Mühlen der Atomkritiker sein, die vor allem im grenznahen französischen Atomkraftwerk Cattenom ein gewaltiges Gefahrenpotenzial sehen. Alle drei Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags drängen auf eine Stilllegung des pannengeplagten französischen Meilers. Seit der Inbetriebnahme 1986 habe es mehr als 750 meldepflichtige Vorgänge gegeben. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) war aber jüngst in Paris mit seiner Forderung nach einem Aus für das französische Atomkraftwerk Cattenom gescheitert.

Noch ein Ergebnis der Mainzer Berechnungen: Westeuropa - inklusive Deutschland - wird wahrscheinlich einmal in etwa 50 Jahren mit mehr als 40 Kilobecquerel radioaktivem Cäsium-137 pro Quadratmeter belastet. Nach einer Definition der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) gilt ein Gebiet ab diesem Wert als radioaktiv kontaminiert.

Rhein-Zeitung vom 23.5.12



Durchsuchung bei EnBW

Wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe haben Ermittler die Zentrale des Karlsruher Energieversorgers EnBW durchsucht, wie gestern bekannt wurde. "Wir führen ein Ermittlungsverfahren gegen drei Mitarbeiter einer Tochtergesellschaft der EnBW wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung beim Handel mit Emissionszertifikaten", sagte gestern ein Sprecher der auf Wirtschaftsdelikte spezialisierten Staatsanwaltschaft in Mannheim und bestätigte damit einen Bericht des "Handelsblatt". Die Razzia hatte bereits am Dienstag stattgefunden.

Die drei Verdächtigen sollen 46 Millionen Euro vom Fiskus ergaunert haben, wie der Sprecher sagte. Bereits seit Januar laufen demnach die Ermittlungen gegen EnBW-Beschäftigte, zunächst gegen zwei, mittlerweile gegen drei Mitarbeiter des Karlsruher Energieversorgers. Am 31. Januar habe es daher eine Razzia gegeben. Am Dienstag durchsuchten die Steuerfahnder zusätzlich zu den Geschäftsräumen auch die Wohnung eines der drei Beschuldigten.

"Was das Motiv der Beschuldigten war, ist noch nicht klar", sagte der Behördensprecher weiter. Ob sie die Steuern eigennützig oder für die Firma ergaunert hätten, müsse im Laufe der Ermittlungen noch geklärt werden. Die EnBW teilte mit, das Unternehmen kooperiere in vollem Umfang mit den Behörden.

Der EnBW-Fall ist verknüpft mit den Ermittlungen in Frankfurt zum Handel mit Emissionszertifikaten. Eine der Firmen, die Emissionsscheine an EnBW geliefert habe, "steht auch in Frankfurt unter Verdacht", sagte der Sprecher der Mannheimer Staatsanwaltschaft. Die Frankfurter Behörden ermitteln gegen rund 150 Verdächtige.

Im Dezember hatte das dortige Landgericht bereits sechs Angeklagte zu Haftstrafen zwischen drei Jahren sowie sieben Jahren und zehn Monaten verurteilt, weil sie bei derartigen Geschäften 300 Millionen Euro erschlichen hatten.

Emissionszertifikate sollen den Klimaschutz in der Europäischen Union vorantreiben. Sie erlauben einem Unternehmen den Ausstoß einer bestimmten Menge Schadstoffe. Stößt eine Firma weniger Emissionen aus, als ihr Zertifikate zugeteilt wurden, kann sie die überschüssigen Verschmutzungsrechte weiterverkaufen. Betrüger machten sich dabei in der Vergangenheit eine Lücke in europäischen Standards zunutze. Während in Deutschland bis Juli 2010 Umsatzsteuer auf die Zertifikate fällig war, war deren Handel in einigen anderen Ländern bereits umsatzsteuerfrei. Betrüger kauften daher im Ausland steuerfrei Zertifikate, um sie nach mehreren Stationen weiterverkaufen. Für ihre Geschäfte forderten sie dann bei den deutschen Finanzbehörden die Umsatzsteuer zurück, obwohl sie diese in Wahrheit nie abgeführt hatten.



Zur Sache: Wegen Uran-Geschäften unter Druck

Der Energieversorger EnBW gerät derzeit an vielen Fronten unter Druck. Neben den Vorgängen um Steuerbetrug mit Emissionszertifikaten schreibt der zur Hälfte im Besitz des Landes Baden-Württemberg befindliche drittgrößte Versorger Deutschlands wegen Urangeschäften mit der russischen Bykov-Gruppe Schlagzeilen. Das Unternehmen räumte inzwischen ein, dass vertraglich festgelegte Leistungen in Höhe von 130 Millionen Euro von russischer Seite nicht erbracht worden seien. Das Gesamtvolumen der Geschäftsbeziehungen habe sich auf 280 Millionen Euro belaufen, die später auf 220 Millionen Euro herunterkorrigiert worden seien. Die Geschäfte beziehen sich laut EnBW auf die Jahre 2005, 2006 und 2007/08. Unregelmäßigkeiten seien aber erst 2009 festgestellt worden.

Wegen der nicht erfüllten Verträge, so die EnBW in einer Stellungnahme, seien mehrere Schiedsverfahren eingeleitet worden. Ein international besetztes Schiedsgericht in Stockholm habe ein Unternehmen der Bykov-Gruppe zur Zahlung von 24,5 Millionen Euro verurteilt. Diese sei bisher nicht geleistet worden.

Unternehmer Bykov behauptet, von der EnBW Geld für rund „700 wohltätige Projekte“ zur „Klirnapflege“ erhalten zu haben, für das Scheinverträge abgeschlossen worden seien. Die Hälfte des von EnBW gezahlten Geldes sei in solche Projekte geflossen, behauptet der russische Geschäftsmann. Dem Vorwurf der Scheingeschäfte widerspricht der Versorger "entschieden".

Die EnBW führt die von Bykov erfüllten Leistungen als Beleg dafür an, dass sie mitnichten Scheinverträge abgeschlossen habe. Wie dieser die Vergütungen der EnBW verwendet habe, sei dieser nicht bekannt. Die Verleihung eines Ordens an den damaligen, nicht eben für große persönliche Bescheidenheit bekannten EnBW-Chef Utz Claassen durch den ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Anatoli Kulikov sei von EnBW als "ein nicht unüblicher Akt im Rahmen bestehender internationaler Geschäftsbeziehungen" gewertet worden, heißt es in der Stellungnahme.

Egal, aus welchen Motiven die EnBW die Geschäftsbeziehungen pflegte: Tatsache ist, dass das Unternehmen inzwischen 130 Millionen Euro auf die Geschäfte abgeschrieben hat. Externe, von der EnBW beauftragte Gutachter haben inzwischen Pflichtverstöße einiger damals verantwortlicher Organmitglieder festgestellt". Anhaltspunkte für strafbares Verhalten hätten sich nicht ergeben.

Rheinpfalz vom 16.6.12



Atombranche fordert Milliarden

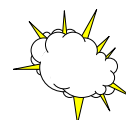
Die Energiekonzerne fordern von der Bundesregierung bis zu 15 Milliarden Euro Schadensersatz für die Abschaltung ihrer Atomkraftwerke. Allein die Forderungen von RWE und EON belaufen sich auf 10 Milliarden Euro, hieß es aus Konzernkreisen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ("FAZ") sprach von Gesamtforderungen in Höhe von 15 Milliarden Euro. Hintergrund: Es könnten weitere Forderungen für die deutliche Verkürzung der Laufzeiten bei den restlichen Meilern hinzukommen.

Unklar ist auch, wie viel der schwedische Konzern Vattenfall für das Abschalten seiner Meiler Krümmel und Brunsbüttel in Schleswig-Holstein geltend macht. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) rechnet nicht mit einem Erfolg der Klagen. "Die Bundesregierung hat keinerlei Zweifel, dass das Atomgesetz völlig verfassungsgemäß ist", sagte Vize-Regierungssprecher Georg Streiter. "Selbstverständlich bleibt es jedem betroffenen Unternehmen unbenommen, eine gerichtliche Überprüfung anzustreben."

Wie EON wollen auch RWE zunächst vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geklärt wissen, ob eine Grundrechtsverletzung vorliegt. "Wenn ja, werden im nächsten Schritt konkrete Summen genannt", sagte ein RWE-Sprecher. Erst in einem zweiten Schritt würde dann vor Zivilgerichten um Schadensersatz gestritten. Ein Sprecher des Justizministeriums betonte, bis zur Entscheidung über solche Verfassungsbeschwerden könnte es zwei Jahre dauern.

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe will laut "FAZ" in Kürze die Beschwerde an die Regierung, den Bundestag sowie an 63 weitere Institutionen zur Stellungnahme verschicken - vom Bundesverband der Deutschen Industrie bis hin zur Umweltorganisation Greenpeace. Ralf Güldner, Präsident des Deutschen Atomforums, sagte: "Die Schritte des Bundesverfassungsgerichts scheinen zu belegen, dass die Rechtspositionen der beiden klagenden Unternehmen, vom Gericht ernst genommen werden." Beide Unternehmen engagierten sich ausdrücklich für die Energiewende. "Doch der gesetzliche Rahmen des beschleunigten Atomausstiegs verletzt verfassungsmäßige Rechte der Unternehmen. Daher sind sie verpflichtet, Schaden für ihre Eigentümer und Belegschaften abzuwenden", betonte Güldner.

Vattenfall prüft, ob der Konzern sich der Klage anschließt. Parallel treibt das Unternehmen eine Klage beim Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten in Washington voran. EnBW, an dem das grün-rot regierte Baden-Württemberg beteiligt ist, prüft noch, ob man auf Schadensersatz wegen des Atomausstiegs klagt. "Wir bereiten eine Entscheidung dazu vor, wie diese ausfällt, ist aber völlig offen", sagte ein Sprecher. Die Frist für mögliche Klagen läuft bis August.



Über die Verfassungsbeschwerden dürfte nicht vor der Bundestagswahl 2013 entschieden werden. Schon 2011 waren juristische Bedenken geäußert worden, weil zum Beispiel das 1983 ans Netz gegangene Kraftwerk Krümmel nicht wie die anderen sieben abgeschalteten Anlagen zu den ältesten Meilern gehört und zudem die unterschiedlichen Abschaltzeiten für die restlichen neun Meiler Fragen aufwerfen. Der frühere Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit im Umweltministerium, Wolfgang Renneberg, sagte 2011 im Umweltausschuss des Bundestags dazu: "Diese unterschiedlichen Laufzeiten werden im Gesetzentwurf nicht weiter begründet. Hier liegt das Problem."

Grüne und SPD kritisierten die Energiekonzerne scharf, warfen der Regierung aber auch vor, Klagen nicht ausreichend durch Verhandlungen verhindert zu haben. "Mit ihren dreisten Forderungen werden die Atomkonzerne nicht durchkommen, denn es gibt keinen Grundrechtsanspruch auf Gewinnerwartung und Extraprofite", sagte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber warnte vor Belastungen für die Steuerzahler. "Die Fehler einer schlechten Bundesregierung und schlechter Manager dürfen nicht von der Allgemeinheit ausgebadet werden."

Rheinpfalz vom 14.6.12

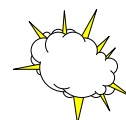
Strafanzeige gegen Cattenom-Betreiber

Eine Umweltgruppierung aus Frankreich hat einem Bericht des Luxemburger Tageblatts zufolge Strafanzeige gegen den französischen Energiekonzern EDF und die Leitung des Atomkraftwerks Cattenom erstattet. Die Staatsanwaltschaft Thionville prüft nun, ob möglicherweise ein technischer Fehler im Kraftwerk vertuscht wurde.

Das französische Netzwerk Sortir du Nucléaire (Raus aus der Kernkraft) hat nach Recherchen von tageblatt.lu bei der Staatsanwaltschaft Thionville Strafanzeige gegen den französischen Energiekonzern EDF und die Leitung des Nuklearkraftwerks Cattenom erstattet. Es besteht der Verdacht der Vertuschung eines technischen Fehlers.

Bei jedem der vier Reaktorblöcke in Cattenom befinden sich mit Wasser gefüllte Kühlbecken als Zwischenlager für die abgebrannten nuklearen Brennstäbe. Die ständige Versorgung dieser Becken mit Wasser erfolgt von unten über Rohrleitungen. Um im Fall einer eventuellen falschen Bedienung des Systems einen Sog zu vermeiden, müssen diese Leitungen mit bestimmten Ventilen ausgestattet sein. Am 18. Januar, so damals der Betreiber, wurde bei einer Kontrolle entdeckt, dass je ein Zwei-Euro-Stück großes Ventil an den Zu- und Ablaufrohren der Lagerbecken fehlte – und das vermutlich schon seit Inbetriebnahme der Reaktorblöcke zwei und drei, also seit mindestens 21 Jahren.

Dieser Störfall war von Experten als sehr schwerwiegend eingestuft worden, der Fehler hätte im schlimmsten Fall zu einer Wasserstoffexplosion wie im havarierten Kernkraftwerk Fukushima (Japan) führen können (volksfreund.de berichtete).



Das Netzwerk Sortir du Nucléaire behauptet nun, dieser technische Fehler sei vom AKW-Betreiber aber schon im Jahr 2011 entdeckt worden sein. Das Netzwerk hat bei der Staatsanwaltschaft in Thionville Anzeige erstattet, weil die französische Gesetzgebung verlangt, dass Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten sofort gemeldet werden müssen. Das Netzwerk gibt zu verstehen, dass es den Verdacht der Vertuschung hat.

Die Staatsanwaltschaft Thionville hat ein Vor-Ermittlungsverfahren eingeleitet, in dem die Gendarmerie Berichte erstellen soll und in dem auch Stellungnahmen der Kraftwerksleitung und der EDF erwartet werden.

Der Kraftwerksbetreiber EDF hatte im Januar das Fehlen des Ventils der Atomaufsichtsbehörde ASN gemeldet, versicherte aber auf seiner Internetseite, dass dadurch keine Gefahr bestanden habe. Auch sei das fehlende Ventil nicht sicherheitsrelevant. Das sah die Atombehörde anders. Sie schickte sechs Tage später Inspektoren nach Cattenom, dem Betreiber zehn Tage Zeit gaben, den Fehler zu beheben.

Trierischer Volksfreund vom 5.7.12

Belgien nimmt Tihange erst 2025 vom Netz

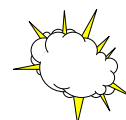
Belgien nimmt einen seiner ältesten Atomreaktoren zehn Jahre später vom Netz als ursprünglich geplant. Der 1975 in Betrieb genommene Reaktor 1 des Atomkraftwerks Tihange bei Lüttich wird nicht 2015, sondern erst 2025 abgeschaltet. Tihange ist etwa 110 Kilometer von Prüm entfernt.

Das Kabinett in Brüssel beschloss am Mittwoch einen entsprechenden Vorschlag des Staatssekretärs für Energie, Melchior Wathelet, wie die Agentur Belga berichtete. Die Regierung begründete ihre Entscheidung damit, dass es sonst im Winter zu Stromengpässen kommen könnte. Auch die für 2015 geplante Stilllegung zweier Reaktoren des Atomkraftwerks Doel bei Antwerpen wollte Wathelet um ein Jahr aufschieben.

Diesen Vorstoß lehnte das Kabinett jedoch ab. Bereits im Oktober 2011 hatte die belgische Regierung beschlossen, von 2015 an mit dem Ausstieg aus der Atomkraft Ernst zu machen. Der Ausstieg soll von der Verfügbarkeit anderer Energiequellen abhängen und bis 2025 abgeschlossen sein.

Belgien hat insgesamt sieben Reaktoren in den zwei Atomkraftwerken Doel (bei Antwerpen) und Tihange. Mehr als die Hälfte des Stromverbrauchs wird in Belgien mit Atomkraft gedeckt, das Land ist zur Deckung des Verbrauchs stark auf Öl- und Gasimporte angewiesen. Ebenso wie Deutschland will Belgien nun stärker auf Elektrizität aus Windenergie setzen, die in der Nordsee gewonnen werden soll.

Trierischer Volksfreund vom 5.7.12



Funktion Feigenblatt?

Am Pfälzerwald scheiden sich die Geister. Soll er teilweise für Windkraftanlagen geöffnet werden oder nicht? Die rheinland-pfälzischen Ministerien für Energie und Umwelt sagen Ja, zehn Naturschutzverbände hingegen Nein. Letztlich wird es auf eine politische Entscheidung hinauslaufen, obwohl lange in einem gemeinsamen Arbeitskreis auch darüber verhandelt wurde. Insgesamt sei die Arbeit dort wenig erfolgreich verlaufen, zogen die Verbände gestern in einer Pressemitteilung frustriert Bilanz und stellten die Frage, ob sie für das Land nur als Alibi erhalten sollen.

Hintergrund ist das Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV. Wie am Mittwoch berichtet, wird es in einem Teilbereich neu aufgelegt, der die Erneuerbaren Energien und damit auch die Windkraft betrifft. Doch waren die ursprünglichen Ziele von Energieministerin Eveline Lemke (Grüne) offensichtlich zu ehrgeizig: Weil über 1000 Einwendungen dagegen eingegangen waren, musste der erste Entwurf eingestampft werden und ein zweiter her. Dabei sei mit den Umweltverbänden zusammengearbeitet und es seien Kompromisse gefunden worden, hieß es dazu aus Mainz. Wenn auch nicht beim Pfälzerwald. Ende August berät das Kabinett über den Entwurf.

Doch die Kritik der zehn Naturschutzverbände von BUND bis Nabu reicht weiter. Zunächst einmal heben sie darauf ab, was ihnen am Herzen liegt - die Energiewende in Rheinland-Pfalz bei sinnvoller Steuerung des Windenergieausbaus. Davon versprechen sie sich gleich drei Vorteile: Energiewende und Naturschutz könnten besser vereinbart werden, Windräder mit nachvollziehbaren Standorten würden von den Menschen eher akzeptiert und die Genehmigungsverfahren einfacher. Ob das gelinge, sei momentan aber fraglich. Dazu seien die Gesprächsergebnisse des gemeinsamen Arbeitskreises noch viel zu dürftig.

So würden die Änderungen im überarbeiteten LEP-IV-Entwurf nur in kleinen Teilbereichen dem entsprechen, was die Naturschützer fordern. Wie die Sache mit dem Pfälzerwald. Weit auseinander gehen die Ansichten demnach auch bei den Naturpark-Kernzonen. Würden diese von Kreisstraßen durchschnitten, belaste dies aus Sicht des Landes die Kernzonen schon so stark, dass dort auch Windräder gebaut werden könnten. Für die "großräumige Wirkung von Windkraftanlagen" seien solche örtliche Straßen aber unbedeutend, hält Siegfried Schuch, Vorsitzender des Naturschutzbunds Rheinland-Pfalz, dagegen.

Bei den Natura-2000-Gebieten warten die Experten auf ein Gutachten, das klären soll, welche dieser Areale für Windkraft ungeeignet sind. Das Papier sei seit Wochen zugesagt, liege bisher aber nur in Auszügen vor. Solange das so bleibe, müssen die zehn Verbände auf ihrer Forderung, alle Natura-2000-Gebiete frei von Windenergieanlagen zu halten, bestehen", erklärt Pollichia-Geschäftsführer Oliver Röllner.



Kleine Erfolge sehen die Naturschützer bei den Naturerlebnisräumen. Dort seien großräumige Gebiete für Naturschutz und Naturerleben von Windkraft freigehalten worden. Bei Mosel-, Lahn- und Nahetal sei man sich bereits einig. Doch sind die Naturschützer misstrauisch: Bislang sei das nur nominell von den Ministerien bestätigt worden", sagt Peter Keller, Vorsitzender der Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz (Gnor). Ob die Gebiete wirklich abgegrenzt worden seien, würden auch die Verbände erst erfahren, wenn der LEP-Entwurf öffentlich ausgelegt werde.

Das Fazit der Verbände: Das Land regelt über das LEP IV viel zu wenig, wo Windkraftanlagen errichtet werden dürfen und wo nicht. Schließlich blieben am Ende 96 Prozent an Landesfläche, bei der die Kommunen frei entscheiden könnten. Die Forderung der Verbände: Zunächst sollten Vorranggebiete für Naturschutz und Naturerleben ausgewiesen werden. Diese wären automatisch für Windkraft tabu. Daran arbeiten soll eine Expertenrunde aus Wissenschaft, Verbänden, Landesumweltamt und der Staatlichen Vogelschutzwarte. Unterm Strich entstehen würde dann eine verbindlich geltende Karte, die Bestandteil des LEP IV oder eines Windenergie-Erlasses wäre. In genau diesem Sinn wollen die Verbände auch das Gesprächsangebot des Landes verstanden haben - und seien daher sofort darauf eingegangen. Fazit: Wenn das Land Interesse an weiteren Gesprächen habe, müsse es nun Kompromissbereitschaft zeigen.

Rheinpfalz vom 28.7.12

Raumklimageräte oft nur Stromfresser

Der Sommer lässt die Temperaturen steigen. Was im Freien angenehm ist, kann in Wohnungen allerdings leicht zur Qual werden - entsprechend häufig werden zur Sommerzeit auch die so genannten Raumklimageräte oder mobilen Klimaanlage angeboten. Doch Verbraucherschützer sehen die Technik skeptisch. Stattdessen raten sie zu einfachen Tricks.

Wie arbeiten Raumklimageräte?

Raumklimageräte sind kompakte und teils auch transportable Varianten von Klimaanlage, die es in deutschen Privathäusern kaum gibt. Sie arbeiten im Prinzip ähnlich wie ein Kühlschrank: Sie entziehen der Raumluft Wärme und leiten diese über Verbindungsschläuche oder Leitungen nach draußen ins Freie.

Welche Gerätetypen gibt es?

Es gibt zwei unterschiedliche Typen:

Monoblockmodelle werden in einen Raum gestellt und führen die Abwärme über einen Schlauch durch ein geöffnetes Fenster nach draußen. Außerdem gibt es Splitsysteme, bei denen der Kühlkompressor außen am Gebäude montiert und durch fest installierte Verbindungsleitungen mit seinem Anlagen-Gegenstück im Inneren verbunden ist.



Was taugen die Geräte generell?

Verbraucherschützer bewerten die Leistungsfähigkeit von Raumklimaanlagen generell recht kritisch. "Sie kühlen häufig weniger als erwartet und zehren wegen ihres zusätzlichen Stromverbrauchs spürbar am Konto", sagt Peter Kafke, Experte der Verbraucherzentralen. Klimageräte gehörten im laufenden Betrieb zu den größten Stromfressern im Haushalt. 1000 Kilowattstunden und mehr seien schnell verbraucht, Im Verlauf eines Sommers kämen so weit über 200 Euro zusammen.

Besonders skeptisch beurteilen die Fachleute die mobilen Monoblocksysteme. Sie schafften es meistens nicht, einen Raum in annehmbarer Zeit ausreichend zu kühlen. Das liegt nicht zuletzt an einer zentralen Schwäche des Systems: Die Abwärme der Geräte muss durch einen dicken Schlauch etwa durch ein geöffnetes Fenster nach draußen geleitet werden. Dadurch strömt parallel ständig warme Luft aus dem Freien nach und die Modelle kämpfen einen aussichtslosen Kampf.

Was ist noch zu beachten?

Energieexperte Kafke weist auch auf den mitunter beträchtlichen Lärmpegel der Raumklimageräte hin. Die Betriebsgeräusche, die Lüfter und Kompressor einteiliger Monoblocks erzeugen, ließen ruhige Unterhaltungen oder ungestörtes Schlafen nicht zu.

Auch hier seien Splittergeräte im Vorteil, weil die lärmende Technik bei ihnen im Anlagenenteil im Freien angebracht ist. Dafür ist die Montage von solchen Geräten mit klimagefährdenden fluorierten Kältemitteln nur durch Fachbetriebe gestattet. Käufer müssen also mit Zusatzkosten rechnen.

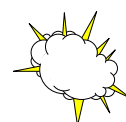
Welche Alternativen zur Raumkühlung gibt es?

Die Fachleute empfehlen die klassischen Hausmittel. Wohnungs- und Hausbewohner sollten die Hitze und die Sonneneinstrahlung tagsüber so gut wie möglich aussperren. Fenster und Türen müssen deshalb geschlossen bleiben. Gegen lästigen direkten Sonneneinfall durch die Fenster hilft ein außen angebrachter Sonnenschutz - etwa Sonnensegel, Jalousien oder Fensterläden. Innenrollos und Vorhänge können die Sonnenstrahlen dagegen erst abschirmen, wenn sie schon in den Raum eingedrungen sind. Sie bringen in Sachen Kühlung also nicht viel. Es gibt auch aufwendigere technische Lösungen, etwa den Einbau von Sonnenschutzglas-Fenstern. Die günstigere Alternative - Schutzfolien - hielten aber meist nicht lange. Gelüftet werden sollten Räume erst abends oder nachts, wenn die Temperaturen im Freien gesunken sind. Dazu sollten Türen und Fenster weit geöffnet werden, am meisten bringt Durchzug. Dauerhafte Zugluft sollte aber vermieden werden. Sonst drohen am Morgen ein steifer Nacken oder gereizte Schleimhäute.

Rheinpfalz vom 25.6.12

Politik bremst Energieeffizienz

Der Hausgerätekonzern BSH, eine Tochter von Bosch und Siemens sieht bei Hausgeräten ein großes Energiesparpotenzial. Dies werde aber nicht erschlossen, weil die Politik nur Wünsche formuliere, aber nicht handele, kritisiert das Unternehmen.



ENERGIE-INFO

SEITE 47

Ob die Klimaziele der EU oder die Energiewende in Deutschland: "Das Tempo ist zu langsam", mahnt Kurt-Ludwig Gutberlet. Er ist Chef von Europas größtem Hausgerätekonzern BSH, einer gemeinsamen Tochter von Siemens und Bosch. Außer deutschen Verbrauchern gibt es in puncto Strom sparender Hausgeräte nicht viel, was ihm Hoffnung macht. Die greifen immer mehr zu Stromspargern, weshalb mittlerweile fast jeder zweite BSH-Geschirrspüler oder jeder dritte verkaufte Kühlschrank und jede dritte Waschmaschine in die höchste Effizienzklasse fällt. Im Rest von Europa sehe es aber düster aus und auch in Deutschland sei weit mehr drin, wenn die Politik mitmachen würde, findet Gutberlet.

Als Beleg führt er den branchenweiten Marktanteil der jeweils stromsparendsten Hausgeräte in der EU an - Geschirrspüler 15 Prozent, Kühlschränke 10 Prozent, Waschmaschinen 16 Prozent. Auch hier zu Lande könnten aber 15 Milliarden Kilowattstunden Strom weniger verbraucht werden, wenn alle Hausgeräte ausgetauscht würden, die zehn Jahre und älter sind, rechnet der Manager vor. Das ist immerhin die Hälfte des Stromsparpotentials, das die deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz für die gesamte Industrie berechnet hat.

Würden deutsche Energieversorger dazu verpflichtet, ihre Privatkunden zum Stromsparen zu bringen, sei im Haushaltsbereich eine weitere Verbrauchsreduzierung ohne jeden Komfortverlust von 12,3 Mrd. Kilowattstunden drin, wirbt Gutberlet. Die Politik formuliere aber nur Wünsche und handle nicht. Jüngstes Beispiel sei der EU-Entwurf für eine Energierichtlinie, die der Manager als verwässert kritisiert. Auch Verbote ineffizienter Geräte kämen zu langsam. Noch immer dürften Wäschetrockner der Effizienzklasse D verkauft werden. Welche Sprünge in den verschiedenen Klassen stecken zeigt ein Beispiel. Ein Kühlschrank der höchsten Effizienzklasse A+++ verbraucht nur halb so viel Strom wie ein Gerät der Klasse A+. Hierzulande gebe es keine Kaufanreize für Superstromsparer. In diesem Punkt sei die deutsche Politik ein Bremser, betont Gutberlet.

Mit BSH ist er zufrieden. 2011 brachte global ein Umsatzplus von gut 6 Prozent auf den Rekordwert 9,7 Milliarden Euro. Vor allem verbrauchsarme Modelle sind dafür verantwortlich. Einbrechende Märkte in den europäischen Schuldenstaaten, ein Teilrückzug in den USA und höhere Materialpreise sind aber auch an BSH nicht spurlos vorübergegangen. Der Jahresüberschuss sank um ein Fünftel auf 373 Millionen Euro.

An die Zukunft des Stromsparens glaubt der Hausgerätekonzern weiter. Im schwäbischen Dillingen läuft jetzt eine neue Reihe besonders sparsamer Geschirrspüler an. Ein Drittel aller 2011 um gut ein Zehntel auf 453 Millionen Euro aufgestockten Investitionen fließt in deutsche Standorte. BSH vertraue auf das Gütesiegel "made in Germany", betont Finanzchef Johannes Närger. Davon profitiert auch das Personal. In Deutschland wuchs die Anzahl der Arbeitsplätze um 600 auf 14.800. Weitere 2200 Arbeitsplätze kamen 2011 im Ausland dazu auf nun konzernweit gut 45.000 Beschäftigte.

Rheinpfalz vom 24.5.12



Es wird immer wärmer in Rheinland-Pfalz

Das vergangene Jahr war das viertwärmste in Deutschland seit 1881. Jüngste Daten des Deutschen Wetterdienstes bestätigen: In Rheinland-Pfalz und im Saarland fiel der Temperaturanstieg bundesweit am höchsten aus. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes (DWD) ist die Jahresdurchschnittstemperatur in den vergangenen 130 Jahren in Rheinland-Pfalz um 1,33 Grad Celsius gestiegen, im Saarland sogar um 1,53 Grad. Bundesweit zeigt das Thermometer inzwischen durchschnittlich 1,22 Grad mehr an. Den geringsten Anstieg der Durchschnittstemperatur hat Brandenburg mit 0,95 Grad. Dazu sagte DWD-Vizepräsident Paul Becker gestern in Berlin bei der Vorstellung der Daten: "Der langfristige Trend zu steigenden Temperaturen ist in Deutschland und weltweit ungebrochen." 2011 war deutschlandweit das viertwärmste Jahr seit 1881.

Nach diesen Daten hat es seit 1881 auch deutliche Veränderungen bei den Niederschlägen gegeben. In Rheinland-Pfalz regnet es inzwischen durchschnittlich 10,7 % mehr (Bund: 11,1 %). Allerdings gibt es deutliche Verschiebungen zwischen Sommer und Winter. Während die Sommer trockener werden (4,6 % geringere Niederschlagsmengen), werden die Winter deutlich nasser. Heute fällt in der kalten Jahreszeit über ein Viertel mehr Regen oder Schnee als vor 130 Jahren (plus 26,7 %).

Der DWD prognostiziert, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Mit der Folge, dass die Sommer noch trockener, die Winter dagegen noch niederschlagsreicher und milder werden. Der Leiter der Abteilung Klimaüberwachung, Klaus-Jürgen Schreiber, sagte zu den erwarteten Veränderungen in der warmen Jahreszeit: "Das führt zu mehr Trockenheit und Niedrigwasser und Risiken im Wassermanagement. Davon betroffen sind vor allem die Landwirtschaft, aber auch Energieversorger und Wasserwerke."

Ins Bild passen die Trends bei der Sonnenscheindauer. Die hat in Rheinland-Pfalz seit 1951 um 3,1 Prozent zugenommen. Im langjährigen Landesdurchschnitt scheint die Sonne 1507 Stunden, in der Südpfalz deutlich mehr. Nach DWD-Erkenntnissen war das Jahr 2011 bundesweit das drittsonnigste seit den ersten Aufzeichnungen 1951.

Nach DWD-Angaben sei es eine grundsätzliche Erkenntnis der Klimaforschung, dass sich die Hauptwindsysteme der Erde durch den globalen Klimawandel verändern. Für Mitteleuropa heißt das laut Schreiber: "Die vorherrschende Westwindzone verlagert sich nordwärts." Hoch- und Tiefdruckgebiete haben sich tendenziell seit Mitte des 20. Jahrhunderts um rund 180 Kilometer in Richtung Nordpol verlagert. Ob sich daraus in Zukunft Veränderungen für die derzeit noch in der Nordsee herrschenden Windsysteme ergeben? Dazu wollte sich Schreiber nicht abschließend äußern. Es müsse zunächst weiter geforscht werden. Bekanntlich sieht das neue Energiekonzept der Bundesregierung vor, in der Nordsee große Windparks aufzubauen. Der so erzeugte Strom soll in die Industriegebiete Deutschlands geführt werden.

